

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
0. Statistische Angaben	2
1. Rechnungsergebnis 2004	3
2. Entwicklung der Haushaltswirtschaft 2005	7
3. Aufstellung des Haushaltspans 2006	11
3.1 Umsetzung der im Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2006 festgelegten Konsolidierungsmaßnahmen	12
3.2 Überblick über die wichtigsten Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes in den Jahren 2004 - 2009	13
3.3 Übersicht zum Verwaltungshaushalt	
3.3.1 Eckdaten zu Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	
3.3.1.1 Steuern, allgemeine Zuweisungen	14
3.3.1.2 Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	15
3.3.1.3 Sonstige Finanzeinnahmen	16
3.3.1.4 Personalausgaben	17
3.3.1.5 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	18
3.3.1.6 Zuweisungen und Zuschüsse	19
3.3.1.7 Sonstige Finanzausgaben	20
3.4 Übersicht zum Vermögenshaushalt	
3.4.1 Einnahmen des Vermögenshaushaltes	27
3.4.2 Ausgaben des Vermögenshaushaltes	28
3.4.3 Verpflichtungsermächtigungen	29
3.5 Haushaltswirtschaftliche Belastungen der Stadt aus Beteiligungen an Unternehmen und Zweckverbänden	
3.5.1 Mittelbare und unmittelbare Beteiligungen an Unternehmen	34
3.5.2 Zweckverbände	36
4. Entwicklung des städtischen Vermögens	
4.1 Vermögen kostenrechnender Einrichtungen	38
4.2 Geldanlagen	38
4.3 Beteiligungen der Stadt Zwickau	39
5. Kostenrechnende Einrichtungen	41
6. Entwicklung der Rücklagen und Schulden	
6.1 Rücklagen	43
6.2 Entwicklung des Schuldenstandes	44
7. Entwicklung der Nettoinvestitionsrate	45
8. Vergleich des Haushaltspans mit dem Finanzplan und Investitionsprogramm	46
9. Entwicklung der Kassenlage	47
10. Innere Verrechnungen	47

0. Statistische Angaben

Fläche: 103,05 km²

Bevölkerungsstand nach endgültigen Angaben des Statistischen Landesamtes Kamenz

31.12.	Bevölkerungsstand davon		
	insgesamt	männlich	weiblich
1990	114.632	53.972	60.660
1991	112.565	53.157	59.408
1992	110.583	52.360	58.223
1993	107.988	51.016	56.972
1994	104.921	49.581	55.340
1995	102.563	48.526	54.037
1996	102.752	48.556	54.196
1997	101.130	47.934	53.196
1997 * Gebietsstand 01.01.1999	107.637	51.122	56.515
1998	98.840	46.835	52.005
1998 * Gebietsstand 01.01.1999	105.369	50.025	55.344
1999	104.146	49.513	54.633
2000	103.008	48.983	54.025
2001	101.726	48.457	53.269
2002	100.892	48.206	52.686
2003	99.846	47.774	52.072
2004	98.742	47.229	51.513

Anmerkung: ab 1993 mit Hartmannsdorf
ab 1996 mit Crossen einschl. Schneppendorf und Rottmannsdorf
ab 1999 Cainsdorf, Hüttelsgrün, Mosel, Oberrothenbach und Schlunzig

* Einwohnerzahlen einschließlich der ab 01.01.1999 eingegliederten neuen Stadtteile als Grundlage für die Haushaltsplanung 1999 bzw. 2000.

1. Rechnungsergebnis 2004

Der Stadtrat hat am 16.12.2004 die Haushaltssatzung beschlossen. Für das Haushaltsjahr 2004 konnte erstmals kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Der Fehlbetrag lag bei 13.442 TEUR. Zugleich wurden am 16.12.2004 durch den Stadtrat die Eckwerte für ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen.

Das Regierungspräsidium konnte in seinem Bescheid vom 21.12.2004 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung mit dem anliegenden Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004 im Hinblick auf den gemäß § 72 SächsGemO zu wahren Haushaltshaushalt nicht feststellen. Von einer Beanstandung des Beschlusses des Stadtrates der Stadt Zwickau wurde jedoch abgesehen, um letztendlich dem Stadtrat den notwendigen Handlungsspielraum zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes im Rahmen seiner kommunalen Selbstverwaltung einzuräumen. Die vorgelegte Haushaltssatzung enthielt keine genehmigungspflichtigen Bestandteile.

Ergebnis der Jahresrechnung

Verwaltungshaushalt

Das Ergebnis der Jahresrechnung 2004 weist einen Fehlbetrag von insgesamt 9.106.842 EUR aus. Dieser setzt sich zusammen aus einem Soll-Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt in Höhe von 12.789.793 EUR und einem Soll-Überschuss im Vermögenshaushalt von 3.682.951 EUR.

Das Ergebnis der Jahresrechnung im Verwaltungshaushalt umfasst eine Summe von 174.444.241 EUR.

Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich die Einnahmesituation der Stadt Zwickau weiterhin verschlechtert. So liegen die bereinigten Soll-Einnahmen bei nur 156.663 TEUR. Die größten Einnahmeverluste liegen beim Gewerbesteueraufkommen. Hier ist in 2004 im Vergleich zu 2002 ein Minus von 13 Mio. EUR festzustellen. Trotz Überarbeitung des Planentwurfes im September 2004 konnten die veranschlagten Haushaltsansätze bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B nicht erreicht werden, da sich im Ergebnis der Jahresrechnung letztendlich nicht das Anordnungssoll allein widerspiegelt, sondern u.a. auch Abgänge auf Kasseresste verrechnet werden, die zu nachstehenden Mindereinnahmen führten:

Mindereinnahmen:	TEUR
- Gewerbesteuer	2.259
- Grundsteuer	560
	2.819

Durch folgende wesentliche Mehreinnahmen und Minderausgaben konnte die Erhöhung des Fehlbetrages jedoch verhindert werden:

Mehreinnahmen:	TEUR
- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	790

Minderausgaben:	
- aus der im Rahmen der vorläufigen Haushaltführung verfügten Mittelsperre	2.113
- Gewerbesteuerumlage	418
	2.531

Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt schließt mit einem Rechnungsergebnis von 40.188.103 EUR ab. Damit liegt das Rechnungsergebnis um 11.744.187 EUR unter dem Plan, das sind – 22,6 %.

Durch die strenge und konsequente Vorgehensweise bei der Bildung von Haushaltsresten war es möglich, trotz der nicht realisierten Einnahmen aus Aktienverkäufen in Höhe von 1.867 TEUR im Vermögenshaushalt einen Soll-Überschuss von 3.682.951 EUR zu erzielen und dadurch den Gesamtfehlbetrag auf 9.106.842 EUR zu reduzieren.

Da der Gesamtfehlbetrag des Jahresabschlusses im Vermögenshaushalt ausgewiesen wird, erfolgte der Ausgleich des Verwaltungshaushaltes über eine Zuführung an den Verwaltungshaushalt in Höhe des dort entstandenen Fehlbetrages von 12.789.793 EUR.

In den folgenden Übersichten sind, zusammengefasst nach den Einnahme- u. Ausgabearten der Gruppierungsübersicht, die Ergebnisse und Haushaltsansätze 2004 gegenübergestellt :

Einnahme- bzw. Ausgabegruppe	Haushaltsplan 2004		Rechnungsergebnis 2004		Differenz
	EUR	%-Anteil an den Gesamteinnahmen	EUR	%-Anteil an den Gesamteinnahmen	
Verwaltungshaushalt					
1. Einnahmen					
1.1 Gewerbesteuer	20.000.000	12,06	17.741.435	10,17	-2.258.565
1.2 Grundsteuer A + B u. andere Steuern	10.996.000	6,63	10.455.530	5,99	-540.470
1.3 Gemeindeanteil a. d.	8.154.500	4,92	8.945.170	5,13	790.670
1.4 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	5.800.500	3,50	5.776.243	3,31	-24.257
1.5 Schlüsselzuweisungen	64.487.000	38,89	64.405.745	36,92	-81.255
1.6 Allgem. Zuweisung f. übertrag. Aufg.	3.560.000	2,15	3.559.470	2,04	-530
1.6 Gebühren u.ä. Entgelte	11.283.540	6,81	10.381.386	5,95	-902.154
1.7 Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, sonst. Verwaltungs- u. Betriebseinnahmen	6.164.180	3,72	5.829.967	3,34	-334.213
1.8 Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	13.387.530	8,07	12.816.308	7,35	-571.222
1.9 Zuweisungen u. Zuschüsse für laufende Zwecke	9.132.190	5,51	9.315.761	5,34	183.571
1.10 Sonstige Finanzeinnahmen darin enthalten Deckung Fehlbetrag des VWH durch Zuführung vom VMH	12.832.430	7,74	25.217.226	14,46	12.384.796
			(12.825.731)		
Summe 1:	165.797.870	100,00	174.444.241	100,00	8.646.371
Einnahme- bzw. Ausgabegruppe	Haushaltsplan 2004		Rechnungsergebnis 2004		Differenz
	EUR	%-Anteil an den Gesamtausgaben	EUR	%-Anteil an den Gesamtausgaben	
2. Ausgaben					
2.1 Personalausgaben	59.542.740	33,22	59.619.234	34,18	76.494
2.2 Sächl. Verwalt.- u. Betriebsaufwand darunter:	36.461.920	20,34	33.607.024	19,27	-2.854.896
. Unterhalt. d. Grundst. u. baul. Anlag.	2.855.160	1,59	2.590.166	1,48	-264.994
. Geräte, Ausstatt., Ausrüstungen	1.101.250	0,61	822.440	0,47	-278.810
. Bewirtschaftungskosten	9.609.280	5,36	9.054.320	5,19	-554.960
. Geschäftsausgaben	2.979.840	1,66	2.257.347	1,29	-722.493
2.3 Zuweisungen u. Zuschüsse	21.787.370	12,16	21.044.094	12,06	-743.276
2.4 Leistungen der Sozialhilfe	25.536.270	14,25	24.995.765	14,33	-540.505
2.5 Zinsausgaben	5.882.340	3,28	5.847.064	3,35	-35.276
2.6 Gewerbesteuerumlage	1.000.000	0,56	581.632	0,33	-418.368
2.7 Landeswohlfahrtsumlage	11.664.920	6,51	11.664.919	6,69	-1
2.8 Kulturmumlage	2.660.590	1,48	2.656.420	1,52	-4.170
2.9 Sonstige Finanzausgaben, einschließlich Deckungsreserve	1.103.000	0,62	976.025	0,56	-126.975
2.10 Zuführung z. VmH u. Sonderrücklage	13.600.480	7,59	13.452.064	7,71	-148.416
Summe 2:	179.239.630	100,00	174.444.241	100,00	-4.795.389

Einnahme- bzw. Ausgabegruppe	Haushaltsplan 2004		Rechnungsergebnis 2004		Differenz
	EUR	%-Anteil an den Gesamteinnahmen	EUR	%-Anteil an den Gesamteinnahmen	
Vermögenshaushalt					
3. Einnahmen					
3.1 Zuführung vom Verwaltungshaushalt	13.600.480	26,19	13.452.064	33,47	-148.416
3.2 Entnahme aus der Rücklage	35.440	0,07	35.938	0,09	498
3.3 Rückflüsse von Darlehen	563.390	1,08	122.918	0,31	-440.472
3.4 Einnahmen aus Veräußerungen von Beteiligungen u. Rückflüsse von Kapitaleinlagen	2.570.150	4,95	1.808.303	4,50	-761.847
3.5 Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens	5.096.780	9,81	5.025.920	12,51	-70.860
3.6 Beiträge und ähnliche Entgelte	0	0,00	0	0,00	0
3.7 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	29.938.740	57,65	10.508.818	26,15	-19.429.922
3.8 Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen	127.310	0,25	127.300	0,32	-10
dar.: Umschuldung	127.310		127.300		-10
3.9 Abschluss- und Übertragungsbuchungen (Fehlbetrag)	0	0,00	9.106.842	22,66	9.106.842
Summe 3:	51.932.290	100	40.188.103	100	-11.744.187
Einnahme- bzw. Ausgabegruppe	Haushaltsplan 2004		Rechnungsergebnis 2004		Differenz
	EUR	%-Anteil an den Gesamteinnahmen	EUR	%-Anteil an den Gesamteinnahmen	
4. Ausgaben					
4.1 Zuführung zum Verwaltungshaushalt	35.440	0,07	12.825.731	31,91	12.790.291
4.2 Zuführung an Rücklagen	1.076.590	2,07	1.080.753	2,69	4.163
4.3 Gewährung von Darlehen	0	0,00	0	0,00	0
4.4 Vermögenserwerb	7.276.350	14,01	4.328.084	10,77	-2.948.266
4.5 Baumaßnahmen	26.943.690	51,88	14.485.937	36,05	-12.457.753
4.6 Tilgung von Krediten	6.981.310	13,44	6.978.823	17,37	-2.487
dar.: Umschuldung	127.310		0		-127.310
4.7 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	7.279.770	14,02	-1.685.298	-4,19	-8.965.068
4.8 Sonstige Ausgaben (Kreditbeschaffungskosten)	199.580	0,38	34.516	0,09	-165.064
4.9. Deckung von Fehlbeträgen	2.139.560	4,12	2.139.557	5,32	-3
Summe 4:	51.932.290	100,00	40.188.103	100,00	-11.744.187

2. Die Entwicklung der Finanzwirtschaft im Haushaltsjahr 2005

Der Stadtrat hat am 28.04.2005 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 beschlossen:

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1.1 den Einnahmen	242.663.760 EUR
davon im Verwaltungshaushalt	183.434.900 EUR
im Vermögenshaushalt	59.228.860 EUR
1.2 den Ausgaben	252.601.220 EUR
davon im Verwaltungshaushalt	193.372.360 EUR
im Vermögenshaushalt	59.228.860 EUR
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (ohne Umschuldung) von	0 EUR
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von	14.082.076 EUR
4.1 Festsetzung des Höchstbetrages der Kassenkredite für die Stadt kasse	36.000.000 EUR
4.2 Festsetzung des Höchstbetrages der Kassenkredite zur recht- zeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Robert-Schumann-Konservatoriums	50.000 EUR
5. Festsetzung der Steuerhebesätze	
- für die Grundsteuer	
a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf	420 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	470 v. H.
- für die Gewerbesteuer auf	
der Steuermessbeträge.	470 v. H.
Für das Haushaltsjahr 2005 konnte wiederum kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Der Fehlbetrag des Verwaltungshaushaltes weist eine Deckungslücke von 9.937 TEUR aus und beinhaltet hierbei die planmäßig umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen entsprechend dem vom Stadtrat am 24.02.05 beschlossenen Haushaltssicherungskonzept in Höhe von 9.502 TEUR. Nach der ursprünglichen Finanzplanung wurde für das Haushaltsjahr ein Fehlbetrag von 17 Mio. EUR ermittelt. Zudem musste die Deckung des Fehlbetrages aus dem Jahresabschluss 2003 eingeordnet werden, so dass sich insgesamt ein Konsolidierungsziel von 31 Mio. EUR für 2005 ergab, wovon 21,5 Mio. EUR planungsseitig wie folgt unterstellt werden konnten:	
- Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes im Verwaltungshaushalt:	9,5 Mio. EUR
- Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes im Vermögenshaushalt:	8,5 Mio. EUR
- Aktuelle Veränderungen der ursprünglichen Finanzplanung führten saldiert zu einer Verbesserung von	3,5 Mio. EUR

Die voraussichtliche tatsächliche Umsetzung des HSK am Jahresende stellt sich wie folgt dar:

- im Verwaltungshaushalt beläuft sich die Umsetzung auf **8,6 Mio. EUR**
- und im Vermögenshaushalt auf **3,1 Mio. EUR**

Der Stand der Einnahmen und Ausgaben stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

Einnahmehauptgruppe	Haushaltsansatz 2005 TEUR	Arbeitsstand 02.02.2006 bereinigtes Anordnungssoll per 31.12.2005 TEUR
0		
Steuern und steuerähnliche Entgelte	117.723	130.017
1		
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (AO-Soll – ohne innere Verrechnungen)	53.848	43.116
2		
Sonstige Finanzeinnahmen (AO-Soll – ohne kalkulatorische Einnahmen)	11.864	9.960
Summe Einnahmen Verwaltungs- haushalt	183.435	183.093

Das vorstehend aufgeführte AO-Soll enthält bisher keine Einnahmebuchungen auf innere Verrechnungen und kalkulatorische Einnahmen. Beide Positionen sind jedoch haushaltsneutral, da sie auf der Ausgabenseite in gleicher Höhe angeordnet werden. Geht man von den geplanten inneren Verrechnungen und kalkulatorischen Einnahmen aus, würde sich das AO-Soll um ca. 5,4 Mio. EUR auf 188,5 Mio. EUR erhöhen. Ebenfalls noch nicht angeordnet sind die Leistungsgebühren für Hausmüll, da der Jahresbescheidlauf für das Jahr 2005 auf das 1. Quartal 2006 verschoben wurde. Aufgrund der Regelungen des § 14 Abs.6 KomHVO werden diese Einnahmen nach erfolgtem Bescheidlauf noch dem Jahr 2005 zugerechnet. Da jedoch beim Jahresabschluss 2004 ebenso verfahren wurde, d. h. der Bescheidlauf für 2004 fand erst im Februar 2005 statt, sind im gegenwärtigen Anordnungssoll in der Hauptgruppe 1 noch die Müllgebühren aus 2004 enthalten. Die Bereinigung erfolgt mit dem Jahresabschluss 2005. Es wird davon ausgegangen, dass sich der Bescheidlauf für das Jahr 2005 in ähnlichen Größenordnungen wie 2004 bewegen wird, so dass weitere Bereinigungen am Anordnungssoll 2005 nicht erforderlich sind.

Somit wurden im Haushaltsjahr 2005 insgesamt rund 5 Mio. EUR Mehreinnahmen erzielt. Eine sehr positive Entwicklung ist beim Gewerbesteueraufkommen zu verzeichnen. So konnte am Jahresende ein Anordnungssoll von 24.495 TEUR festgestellt werden, das sind 3.195 TEUR mehr als geplant. Da sich im Ergebnis der Jahresrechnung jedoch letztendlich nicht das Anordnungssoll allein widerspiegelt, sondern u.a. auch Abgänge auf Kassenreste verrechnet werden, wird das Rechnungsergebnis bei ca. 186 Mio. EUR liegen. Die Höhe der gegenwärtig in Abgang gebrachten Kasseneinnahmereste liegt bei den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes insgesamt bei ca. 2 Mio. EUR. Weitere wesentliche Mehreinnahmen konnten beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 1.094 TEUR und bei den Konzessionsabgaben von 675 TEUR erzielt werden. Dagegen sind erhebliche Mindereinnahmen bei den Parkgebühren eingetreten. So wurden die lt. HSK angesetzten 500 TEUR Mehreinnahmen nur mit 85 TEUR erfüllt.

Stand der Ausgaben im Verwaltungshaushalt

Ausgabehauptgruppe	Haushaltsansatz 2004 TEUR	Arbeitsstand 02.02.2006 Anordnungssoll per 31.12.2005 TEUR
4		
Personalausgaben	58.877	58.710
5/6		
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (ohne innere Verrechnungen u. kalkulatorische Kosten) darunter: 69 Leistungen Hartz IV	59.154 22.417	52.861 22.790
7		
Zuweisungen und Zuschüsse darunter: 73-79 Soziale Leistungen	36.565 18.306	34.749 17.482
8		
Sonstige Finanzausgaben	38.776	23.543
Summe Ausgaben Verwaltungshaushalt	193.372	169.863

Analog wie bei den Einnahmen fehlt im Anordnungssoll die Buchung der inneren Verrechnungen und kalkulatorischen Kosten von planmäßig 5,4 Mio. EUR. Des Weiteren nicht enthalten ist die Zuführung zum Vermögenshaushalt, welche im Plan mit 15,7 Mio. EUR veranschlagt wurde. Rechnet man diese Beträge dem Anordnungssoll hinzu, ergibt sich bei den Ausgaben ein voraussichtlicher Stand von 191,0 Mio. EUR.

Beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand werden Einsparungen von rund 900 TEUR erwartet und hier insbesondere rund 300 TEUR Geschäftsausgaben, 390 TEUR Geräte, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenstände sowie 210 TEUR Bewirtschaftungskosten. Mehrausgaben hingegen entstanden bei der Leistungsbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (Hartz IV) von über einer Mio. EUR, welche jedoch über eigene Einsparungen und Mehreinnahmen im Bereich des Jugend- und Sozialamtes aufgefangen werden konnten, so auch über Leistungen der Sozialhilfe. Saldiert ergaben sich bei den Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe (Grupp. 73-79) Minderausgaben von 824 TEUR. Weitere erhebliche Minderausgaben von rund 690 TEUR sind beim Kindertagesstättenprogramm, welches über Vergabe-ABM realisiert wird, zu verzeichnen. Diese stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit Fördermitteln von der Bundesanstalt für Arbeit, welche ebenfalls nicht umgesetzt wurden.

Im Bereich der sonstigen Finanzausgaben, Hauptgruppe 8, ist aufgrund eines höheren Gewerbesteueraufkommens auch die Gewerbesteuerumlage angestiegen. Zudem wird die Gewerbesteuerumlage seitens des Landesamtes der Finanzen mit dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer verrechnet. Da die IV. Quartalsrate stets eine Abschlagszahlung ist und diese der Höhe des III. Quartals entspricht, wurde eine höhere Umlage als erforderlich gezahlt. Die Gutschrift wird mit der Endabrechnung im Februar 2006 erwartet.

Gleichzeitig sind in dieser Ausgabengruppe auch Einsparungen bei den Zinsausgaben für Kassenkredite von 283 TEUR und Erstattungszinsen gem. § 233 a AO von 86 TEUR zu verzeichnen. Mit Blick auf das voraussichtliche Ergebnis 2005 ist festzustellen, dass sich die schwierige Finanzlage der Stadt Zwickau in diesem Jahr leicht entspannt hat. So kann nach Ablauf des Haushaltjahres eingeschätzt werden, dass sich der geplante Fehlbetrag des Verwaltungshaushaltes in 2005 in Höhe von 10 Mio. EUR auf ca. 4 – 5 Mio. EUR verringert hat.

Betrachtet man nur die laufenden Einnahmen und Ausgaben 2005, ohne den Anteil des bei der Zuführung zum Vermögenshaushalt enthaltenen Fehlbetrages aus 2003 von 4.442 TEUR, wäre in etwa ein originärer Ausgleich erreichbar.

Stand der Einnahmen und Ausgaben im Vermögenshaushalt

Der Stand der Einnahmen und Ausgaben stellt sich wie folgt dar:

<u>Einnahmen</u>	<u>Bezeichnung</u>	Haushalt- ansatz 2005 TEUR	Haushalt- rest 2004 TEUR	Arbeitsstand 02.02.2006
				AO-SOLL 31.12 2005 TEUR
30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	15.708	0	0
31	Entnahme aus Rücklagen	475	0	0
34	Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens	8.556	0	6.856
360	Inv. Zuweisung vom Bund	0	0	0
361	Inv. Zuweisung vom Land	25.676	4.231	16.380
362-368	Inv. Zuschüsse von sonstigen Bereichen	3.025	1.391	1.360
37	Einnahmen aus Krediten	0	0	0
37	Einnahmen aus Krediten für Umschuldungen	478	0	456
	sonstige Einnahmen	5.311	0	901
	Summe	59.229	5.622	25.953
Ausgaben				
90	Zuführung zum Verwaltungshaushalt	0	0	0
91	Zuführung an Rücklagen	627	0	0
92	Gewährung von Darlehen	0	0	0
932/933	Erwerb und Leasing von Grundstücken	2.332	1.841	2.645
935/936	Erwerb und Leasing von bewegl. Sachen des Anlagevermögens	3.784	1.293	1.771
94-96	Baumaßnahmen	29.558	7.421	20.218
97	Tilgung von Krediten	7.138	0	7.142
97	außerordentl. Tilgung, Umschuldung	478	0	456
	sonstige Ausgaben	15.312	3.381	2.668
	Summe	59.229	13.936	34.900

Die geringe Erfüllung der Einnahmen und Ausgaben ist u.a. auf die späte Genehmigung des Haushaltplanes 2005 zurückzuführen. Der Bescheid des RPC erging am 27.07.05. Des Weiteren konnten Grundstücks- und Vermögensveräußerungen nicht wie geplant realisiert werden.

Im AO-Soll sind Jahresabschlussbuchungen, wie z. B. die Verrechnungen mit dem Verwaltungshaushalt, noch nicht enthalten. Das Rechnungsergebnis wird vom AO-Soll noch erheblich abweichen, da im AO-Soll Haushaltsreste nicht berücksichtigt sind.

3. Aufstellung des Haushaltsplanes 2006

Für das Haushaltsjahr 2006 kann wiederum kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Der vorliegende Verwaltungshaushalt weist noch eine Deckungslücke von 4.969 TEUR aus, dabei wurden umgesetzte Konsolidierungsmaßnahmen entsprechend dem Haushaltssicherungskonzept in Höhe von 10.973 TEUR berücksichtigt.

Nach der ursprünglichen Finanzplanung 2005 wurde für das Haushaltsjahr 2006 ein Fehlbetrag von 10,1 Mio. EUR ermittelt, wobei in diesen Finanzplan bereits die Umsetzung von Konsolidierungsmaßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept, welches am 24.02.05 vom Stadtrat beschlossen wurde, eingeflossen sind. Das im HSK beschlossene Konsolidierungsziel für 2006 beträgt 23 Mio. EUR zuzüglich des ursprünglich erwarteten Fehlbetrages aus 2004 in Höhe von 11 Mio. EUR und weist ein Konsolidierungspotenzial von 24,4 Mio. EUR aus. Insgesamt konnte eine Verbesserung zum ursprünglich im Finanzplan 2005 ausgewiesenen Fehlbetrag von 5,1 Mio. EUR erzielt werden.

Mit der Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfes 2006 ergaben sich aufgrund aktueller Veränderungen zum einen Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Finanzplan, zum anderen jedoch auch neue Belastungen, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Finanzplanes nicht bekannt waren.

Zu den **Verbesserungen** gehören Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben bei der

- Gewerbesteuer, auf der Grundlage Ergebnis 2005	3,2 Mio. EUR
- Lastenausgleich nach § 28 FAG (delegierte Leistungen der Sozialhilfe an örtl. Träger)	2,0 Mio. EUR
- Sozialumlage (ehem. LWV-Umlage) an den Kommunalen Sozialverband Sachsen	2,1 Mio. EUR
- Zuführung vom Vermögenshaushalt (Überschuss aus Vermögensveräußerung)	1,9 Mio. EUR
- Personalausgaben	3,1 Mio. EUR
- Zuführung zum Vermögenshaushalt	<u>1,1 Mio. EUR</u>
	13,4 Mio. EUR

Belastend wirken sich hingegen folgende Veränderungen aus:

- Mindereinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen	- 1,6 Mio. EUR
- Mindereinnahmen Konzessionsabgabe	- 0,5 Mio. EUR
- Sozialausgaben infolge neuer Zuständigkeiten zwischen örtlichem und überörtlichem Träger	- 2,7 Mio. EUR
- Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung (Hartz IV) (saldiert mit höheren Einnahmen)	- <u>1,6 Mio. EUR</u> - 6,4 Mio. EUR

Weitere Belastungen ergeben sich aus Abweichungen zwischen den laut HSK festgeschriebenen Maßnahmen und deren tatsächlicher Umsetzung unter Vorbehalt der endgültigen Abrechnung wie folgt:

Umsetzung Ausgaben Verwaltungshaushalt lt. HSK: 8,0 Mio. EUR

Im vorliegenden Entwurf umgesetzt: 7,2 Mio. EUR

Belastung: **- 0,8 Mio. EUR**

davon insbesondere:

- Reduzierung Zuschüsse an Beteiligungen (Johannisbad, BIC, RSK)	0,2 Mio. EUR
- Reduzierung von Sozial- und Jugendhilfeleistungen	0,2 Mio. EUR
- Schließung von Einrichtungen (Hallen- und Freibäder, Westsachsenstadion, Kinderheim)	0,3 Mio. EUR

Umsetzung Einnahmen Verwaltungshaushalt lt. HSK: 4,8 Mio. EUR
Im vorliegenden Entwurf umgesetzt: 3,7 Mio. EUR
Belastung: -1,1 Mio. EUR

davon insbesondere:
- Parkgebühren 0,8 Mio. EUR
- Elternbeiträge Kita 0,2 Mio. EUR
- Elternanteil Schülerbeförderung }
- Teilnehmerentgelt Volkshochschule } 0,1 Mio. EUR

3.1 Umsetzung der im Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2006 festgelegten Konsolidierungsmaßnahmen

Das vom Stadtrat am 24.02.2005 beschlossene Haushaltssicherungskonzept sieht für das Haushaltsjahr 2006 ein Konsolidierungspotenzial in Höhe von 24.377 TEUR vor. Nach Ablauf des Haushaltsjahrs 2005 und Analyse der umgesetzten Maßnahmen sowie einer erforderlichen Anpassung 2006 ergibt sich für das Haushaltsjahr 2006 ein im vorliegenden Haushaltsentwurf enthaltenes Konsolidierungspotenzial von **22.473 TEUR**. Dieses setzt sich zusammen aus:

- Reduzierung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes 7.230 TEUR
 - davon:
 - . Bereits 2005 realisiert und weiterhin 2006 wirksam 3.995 TEUR
 - . Maßnahmen aus 2005 die erst 2006 wirksam werden
 - Mitgliedsbeitrag Deutscher Städtetag (25 TEUR)
 - Maßnahme BIC (28 TEUR) 53 TEUR
 - Weitere Bezugsschussung Westsachsenstadion
 - Vermindert das Konsolidierungsziel 2005 um - 23 TEUR
 - . Maßnahmen 2006 3.205 TEUR
 - davon:
 - . Personalausgaben durch Streckung Anpassung BAT-O 600 TEUR
 - . Reduzierung der Zuschüsse an Beteiligungen 2.344 TEUR
 - . Ausgabenreduzierungen durch Schließung von Einrichtungen, Leistungsabbau, Verringerung von Zuschüssen u. ä. 261 TEUR
 - Erhöhung von Einnahmen des Verwaltungshaushaltes 3.743 TEUR
 - Verbesserung Verwaltungshaushalt gesamt 10.973 TEUR
 - Mehreinnahmen Vermögenshaushalt 11.500 TEUR
 - Verbesserung Gesamthaushalt 22.473 TEUR

Darüber hinaus sind im Vermögenshaushalt weitere Mehreinnahmen aus Vermögensveräußerungen von 5.472 TEUR enthalten, die bereits in 2005 geplant, aber nicht realisiert werden konnten. Zu den in 2005 nicht realisierten Einnahmen gehören:

- Vermögensveräußerungen Beteiligungen 2.500 TEUR
- Verkauf von Anteilen SSh gGmbH 920 TEUR
- Grundstücksverkäufe an GGZ 2.052 TEUR

Diese Mehreinnahmen dienen zur Deckung des Fehlbetrages im Vermögenshaushalt 2005.

Das planmäßige Konsolidierungspotenzial wurde insgesamt um 1.904 TEUR unterschritten.

Die einzelnen Abweichungen werden in einer gesonderten Vorlage dargestellt. Zudem wird eine Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes erforderlich.

3.2 Überblick über die Entwicklung der wichtigsten Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes in den Jahren 2004 - 2009

Bezeichnung	Rechn.- ergebnis 2004 EUR	Haushalts- plan 2005 EUR	Haushalts- plan 2006 EUR	Finanzplan 2007 EUR	Finanzplan 2008 EUR	Finanzplan 2009 EUR
Einnahmen						
0 Steuern, allgemeine Zuweisungen	110.883.594	117.723.000	122.879.300	114.938.000	115.309.000	119.859.000
1 Einn. aus Verwaltung und Betrieb	38.343.422	53.847.620	48.687.300	47.674.000	47.779.000	47.893.000
2 sonstige Finanzeinn.	25.217.226	11.864.280	14.848.940	30.150.000	11.851.000	11.857.000
Summe Einnahmen Verwaltungshaushalt	174.444.241	183.434.900	186.415.540	192.762.000	174.945.000	179.609.000
3 Summe Einnahmen Vermögenshaushalt	40.188.103	59.228.860	64.298.030	76.968.000	43.830.000	35.419.000
Summe Einnahmen Gesamthaushalt	214.632.344	242.663.760	250.713.570	269.730.000	218.775.000	215.028.000
Ausgaben						
4 Personalausgaben	59.619.234	58.877.390	59.740.400	61.970.000	45.250.000	45.250.000
5/6 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	33.607.024	59.154.170	63.238.850	61.098.000	61.589.000	62.089.000
7 Zuweisungen und Zuschüsse	46.039.859	36.564.430	36.971.540	37.173.000	37.083.000	39.038.000
8 sonstige Finanzausg. darunter Zuführung zum Vermögenshaushalt	35.178.124	38.776.370	31.433.660	32.521.000	33.039.000	33.236.000
13.452.064	15.708.150	10.160.530	10.257.000	11.029.000	11.309.000	
Summe Ausgaben Verwaltungshaushalt	174.444.241	170.955.810	191.384.450	192.762.000	176.961.000	179.609.000
9 Summe Ausgaben Vermögenshaushalt	40.188.103	59.228.860	64.298.030	76.968.000	43.830.000	35.419.000
Summe Ausgaben Gesamthaushalt	214.632.344	230.184.670	255.682.480	269.730.000	220.791.000	215.028.000

3.3 Übersicht zum Verwaltungshaushalt

3.3.1 Eckdaten zu den Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

3.3.1.1 Steuern, allgemeine Zuweisungen (Hauptgruppe 0)

Steuern und allgemeine Zuweisungen nehmen mit den größten Anteil bei den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes ein und sind zugleich allgemeine Deckungsquelle für die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes.

Hierzu gehören:

Grundsteuer A und B	10.875.000 EUR
Gewerbesteuer	24.500.000 EUR
Hundesteuer	340.000 EUR
Vergnügungssteuer	520.000 EUR
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	9.200.000 EUR
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	5.900.000 EUR
Schlüsselzuweisungen	59.565.000 EUR
Zuweisungen für übertragene Aufgaben	3.459.400 EUR
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung des Landes im Rahmen Hartz IV	8.519.900 EUR

Grundsteuer

Die Grundsteuer A und B wurden auf der Grundlage der in 2005 festgesetzten neuen Hebesätze veranschlagt (für die Grundsteuer A: 420 v. H.; für die Grundsteuer B: 470 v. H.).

Gewerbesteuer

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer beträgt, wie bereits im Haushalt 2005 infolge des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Zwickau neu festgesetzt, 470 v. H. Zudem wurde der Planansatz an die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen 2005 angepasst.

Hundesteuer

Entsprechend der Hundesteuersatzung vom 19.12.2003 werden für

1 Hund	90,00 EUR
2 Hunde je Hund	120,00 EUR
3 oder mehrere Hunde je Hund	138,00 EUR
gefährliche Hunde je Hund	600,00 EUR

Steuern erhoben.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der ermittelte Planansatz basiert auf den vorläufigen Orientierungsdaten des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen für das Haushaltsjahr 2006 vom 03.11.2005. In die Rechnung wurde die bis 2005 gültige Schlüsselzahl einbezogen, da die neuen Schlüsselzahlen für den Zeitraum 2006 bis 2008, denen ein neuer Sockelbetrag zugrunde liegt, noch nicht bekannt sind.

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Dieser Planansatz wurde ebenfalls auf der Basis der vorläufigen Orientierungsdaten des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen für das Haushaltsjahr 2006 veranschlagt.

Schlüsselzuweisungen

Die größte Einnahmeposition des Verwaltungshaushaltes wurde entsprechend des vorläufigen Festsetzungsbescheides über den Finanzausgleich vom 03.03.2006 für das Ausgleichsjahr 2006 veranschlagt.

Sonderlastenausgleich vom Land für die Grundsicherung nach SGB II und Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen (Hartz IV)

Der Ausgleich von Sonderlasten sowie die Leistungsbeteiligungen des Landes aus der Umsetzung des Hartz IV – Gesetzes wurden auf der Grundlage der neuen VWV Gliederung und Gruppierung bereits während der Haushaltsdurchführung 2005 der Hauptgruppe 0 zugeordnet. Ursprünglich erfolgte die Veranschlagung des Planansatzes 2005 bei der Hauptgruppe 1. Dies begründet die wertmäßigen Verschiebungen zwischen den beiden Hauptgruppen in den Jahren 2005 und 2006. Der Planansatz wurde auf der Rechtsgrundlage des § 18 SächsAGSGB ermittelt.

3.3.1.2 Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (Hauptgruppe 1)

Bei dieser Hauptgruppe handelt es sich insbesondere um aufgabenbezogene Einnahmen. Hierzu gehören:

- Gebühren und ähnliche Entgelte	12.215.170 EUR
- Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten, sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	5.013.120 EUR
- Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	9.735.920 EUR
- Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen des Bundes (Hartz IV)	7.284.500 EUR
- Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	14.438.590 EUR

Gebühren u. ä. Entgelte

Bei dieser Einnahmegruppe werden vorwiegend die Verwaltungs- und Benutzungsgebühren sowie Entgelte, so z. B. für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen, wie Kindertageseinrichtungen, Kultureinrichtungen, Sportstätten, Gebühren für Abfallbeseitigung, Straßenreinigung, Entgelte für Bestattungen, Parkgebühren u. a. veranschlagt. Vergleicht man die veranschlagten Einnahmen mit denen des Vorjahres, ist insgesamt ein Anstieg von 690 TEUR zu verzeichnen, welcher im Wesentlichen auf die neu veranschlagten kostendeckenden Müllgebühren zurückzuführen ist. Dagegen war eine deutliche Korrektur nach unten bei den Parkgebühren erforderlich. Lt. HSK war ursprünglich eine Erhöhung der jährlichen Parkgebühren um 1.000 TEUR vorgesehen. Die Erhöhung der Parkgebühren und die Bewirtschaftung des Platzes der Völkerfreundschaft führten jedoch dazu, dass Fahrzeugführer zum Parken in die Parkhäuser oder auf andere mögliche Parkflächen ausweichen.

Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen

Gegenüber dem Vorjahr ist wiederum ein Rückgang von 574 TEUR zu verzeichnen. Die Gründe liegen u.a. in einer erheblichen Reduzierung des Mietüberschusses für stadteigene, durch die GGZ verwaltete Objekte um 317 TEUR. Weiterhin war eine Anpassung bei den Einnahmen aus Verkäufen entsprechend dem tatsächlichen Stand der Einnahmen vorzunehmen.

Bundes- und Landeszuweisungen für laufende Zwecke

Hierzu gehören vor allem:

- der Betriebskostenanteil des Landes für Kindertagesstätten (städtischer und freier Träger)	6.157.360 EUR
- Straßenlastenausgleich gem. Finanzausgleichsgesetz	1.163.100 EUR
- Zuweisungen vom Land – Jugendpauschale, Ausgleichsrichtlinie	374.090 EUR
- Zuweisungen aus der Kulturräumkasse	1.168.500 EUR
- Fördermittel im Bereich des Gesundheitsamtes	264.300 EUR
- Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit (Altersteilzeit)	102.000 EUR

Bei den Bundes- und Landeszuweisungen für laufende Zwecke liegen die Gesamteinnahmen erheblich unter denen des Vorjahres. Dies ist allein auf die Verlagerung der Leistungsbeteiligungen des Landes im Zusammenhang mit der Umsetzung des Hartz IV – Gesetzes in die Hauptgruppe 0 zurückzuführen.

Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Hierzu gehören u. a.

- Erstattungen für die Leitstelle der Feuerwehr und den Rettungsdienst durch Rettungszweckverband	1.929.450 EUR
- Neu: Lastenausgleich nach § 28 FAG (delegierte Leistungen der Sozialhilfe an örtliche Träger)	2.020.100 EUR
- Weitere Erstattungen vom Land, vorwiegend im Bereich der Sozialhilfe	2.367.500 EUR
- Erstattungen von Trägern der Jugendhilfe, Erstattungen von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen, Erstattung Betriebskosten für Kindertagesstätten örtl. und freier Träger von Gemeinden	2.912.600 EUR
- Erstattung von Schülerbeförderungskosten durch die Eltern	300.000 EUR
- Erstattung von der Agentur für Arbeit für den Verwaltungsaufwand ARGE	1.600.000 EUR
- Innere Verrechnungen zwischen Einzelplänen, Abschnitten und Unterabschnitten des Verwaltungshaushaltes (nähere Ausführungen zu den inneren Verrechnungen sind dem Pkt. 10 dieses Vorberichtes zu entnehmen)	2.430.890 EUR

Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen (Hartz IV)

Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft
Die Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft liegt bei 29,1 %. Aufgrund der aktuellen Fallzahlen hat sich diese Einnahmeposition gegenüber 2005 um 1.100 TEUR erhöht.

3.3.1.3 Sonstige Finanzeinnahmen (Hauptgruppe 2)

Zu den sonstigen Finanzeinnahmen gehören u. a.

- Zinseinnahmen (Depot VWZ)	653.490 EUR
- Anteil an der Gewinnausschüttung der Sparkasse	447.000 EUR
- Neu: Abführung des Eigenbetriebes HBK	563.000 EUR
- Konzessionsabgaben aus der Energie- sowie Erdgasversorgung	3.012.000 EUR

- Ersatz von sozialen Leistungen in und außerhalb von Einrichtungen 1.372.450 EUR
- Bußgelder, Säumniszuschläge 3.636.900 EUR
Den größten Anteil nehmen hier mit 2.298.400 EUR die Verwarn- und Bußgelder für den ruhenden und fließenden Verkehr ein.
- Kalkulatorische Einnahmen bei kostenrechnenden Einrichtungen 2.677.510 EUR
das sind:
 - Abschreibungen für Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte sowie bewegliche Sachen des Anlagevermögens
 - Verzinsung des Anlagekapitals
- Zuführung vom Vermögenshaushalt 2.394.600 EUR
(verbleibender Überschuss aus planmäßig zu realisierenden Vermögensveräußerungen gem. HSK)

3.3.1.4 Personalausgaben (Hauptgruppe 4)

Im Stellenplan 2006 sind insgesamt 1.412,763 Stellen (VbE) ausgewiesen.

Im Verlauf des Haushaltsjahres 2006 werden durch KW-Stellung und auslaufende Befristung wegfallen. 30,906 Stellen (VbE)

Zum 31.12.2006 ergeben sich somit 1.381,857 Stellen (VbE)

Die Personalausgaben betragen gem. Sammelnachweis 59.495.770 EUR
zuzüglich ehrenamtlicher Tätigkeit 244.630 EUR

Personalausgaben insgesamt: 59.740.400 EUR

Der prozentuale Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes beträgt 31,09 % (ohne ehrenamtliche Tätigkeit 31,21 %).

In den Haushaltsansätzen wurden folgende Eckwerte in die Berechnungen einbezogen:

- Auslaufen des derzeitigen Haustarifvertrages zum 30.06.2006.
- Wechsel in den Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD).
- Tariferhöhung zum 01.07.2006 um 1,5 %.
- Ausgliederung der Kindertagesstätte Buratino.
- 13 Monatsraten für die Zahlung der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge aufgrund der Verschiebung der Fälligkeit zum Monatsende (Dezember 2005, Januar bis Dezember 2006).

Durch den Wechsel in den TVöD erfolgt die Ausweisung der Angestellten- und Arbeiterstellen nunmehr einheitlich mit den seit 01.10.2005 gültigen Entgeltgruppen anstatt der bisherigen Vergütungs- und Lohngruppen. Rechtsgrundlage ist die Anlage 13 der seit 01.01.2006 gültigen VwV Gliederung und Gruppierung, mit der Maßgabe, dass die nach 2005 rückblickende Darstellung der Stellen- und Beschäftigtenzahlen letztmalig noch mit Bezug auf die „alten“ Lohn- und Vergütungsgruppen erfolgt (siehe Pkt. VII Stellenplan).

3.3.1.5 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Hauptgruppe 5/6)

Zum Bereich der sächlichen Ausgaben mit insgesamt **63.238.850 EUR** gehören insbesondere:

- Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen sowie des sonstigen unbeweglichen Vermögens	3.133.770 EUR
- Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände bis 410 EUR einschließlich deren Unterhaltung	1.000.790 EUR
- Mieten und Pachten	2.369.170 EUR
- Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen, wie z. B. Heizung, Energie, Wasser, Reinigung	9.680.680 EUR
- Haltung von Fahrzeugen	556.570 EUR
- Besondere Anwendung für Beschäftigte, z. B. Dienstkleidung, Aus- und Fortbildung	387.530 EUR
- Lehr- und Unterrichtsmittel, Lernmittel	727.650 EUR
- Kosten für Schülerbeförderung	970.000 EUR
- Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben spezielle Sachausgaben in allen Fachämtern z. B. Leistungsvergütung Abfallentsorgung	6.874.790 EUR
- Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Sonderabgaben	1.271.070 EUR
- Geschäftsausgaben, wie z. B. Büromaterial, Porto, Fernmeldegebühren, öffentliche Bekanntmachungen	3.083.910 EUR
- Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebsaufwand	1.837.270 EUR
- Innere Verrechnungen zwischen Einzelplänen, Abschnitten und Unterabschnitten (siehe auch Einnahmen)	2.430.890 EUR
- Kalkulatorische Kosten (siehe auch Einnahmen)	2.677.510 EUR
- Leistungsbeteiligungen im Rahmen der Grundsicherung nach SGB II (Hartz IV)	25.685.030 EUR

3.3.1.6 Zuweisungen und Zuschüsse (Hauptgruppe 7)

In dieser Hauptgruppe sind folgende Zuweisungen und Zuschüsse enthalten:

- **Zuschüsse für lfd. Zwecke an gemeinnützige, mildtätige, kirchliche o. ä. Einrichtungen** **3.353.520 EUR**

darunter:

- Theater Plauen-Zwickau gGmbH (darin 409 TEUR Mietkostenzuschuss) 2.442.000 EUR
- Zuschüsse an freie Träger der Sozialarbeit 316.060 EUR
- Kontakt- und Begegnungsstätten, Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen – öffentl. Gesundheitsdienst 375.750 EUR
- Sportförderung 225.240 EUR

Die Zuschüsse für laufende Zwecke an gemeinnützige o.ä. Einrichtungen wurden aufgrund beschlossener Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen bei der Theater Plauen-Zwickau gGmbH um 289 TEUR und bei der Sportförderung durch die Streichung des Mietzuschusses an den Stadtsportbund um 24,2 TEUR reduziert. Dagegen wird für das Westsachsenstadion ein städtischer Zuschuss von 50 TEUR gewährt. Zudem erfolgte aufgrund neuer Gruppierungen im Bereich der Förderung der freien Träger der Jugendhilfe eine Neuzuordnung in die Gruppierung 76 (Leistungen für Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen).

- Zuschüsse an öffentliche, wirtschaftliche Unternehmen, Gemeindeverbände und übrige Bereiche** **11.119.370 EUR**

insbesondere an

- Stadtwerke Zwickau Holding GmbH für SVZ 262.600 EUR
- Robert-Schumann-Konservatorium 410.000 EUR
- Automobil-Museum 204.520 EUR
- Zuschüsse zur Umlandfinanzierung 15.320 EUR
- Umlage an den Rettungszweckverband 157.900 EUR
- Zuschuss Behindertenfahrdienst 30.000 EUR
- Zweckverbandsumlage Tierkörperbeseitigung 18.000 EUR
- Umlage an den Abfallzweckverband 211.000 EUR
- Umlage Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau 91.000 EUR
- Zuschuss an AWO für Internat 98.100 EUR
- Betriebskosten- und Mietkostenzuschuss Kultur, Tourismus, Messebetriebe Zwickau GmbH 946.460 EUR
- Zuschüsse für Kindertagesstätten freie Träger 8.336.380 EUR
- Johannisbad Betriebs GmbH 220.000 EUR
- Innenstadtrelevante Projektförderung 10.200 EUR

Bei den Zuschüssen an öffentliche wirtschaftliche Unternehmen ist im Vergleich zum Vorjahr eine erhebliche Reduzierung in Höhe von 1.553 TEUR zu verzeichnen, die vorwiegend im Zusammenhang mit den beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes steht.

- **Soziale Leistungen** **22.498.650 EUR**

Gegenüber dem Vorjahr sind die Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe um 4.192 TEUR angestiegen. Ein Grund hierfür ist die bereits erwähnte Neuauflage des Musterbuchungsplanes im Bereich der Jugendhilfe. So hat sich bei den Zuschüssen an die freien Träger der Jugendhilfe eine Verschiebung zwischen der Gruppierung 70 und 76 von 1.614 TEUR ergeben.

Zudem haben sich die Zuständigkeiten zwischen örtlichen und überörtlichen Träger der Sozialhilfe insofern geändert, dass teilstationäre und stationäre Leistungen für Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht, aber das 65. Lebensjahr schon vollendet haben, in die sachliche Zuständigkeit des örtlichen Trägers übergegangen sind. Die Ausgaben hierfür liegen bei 2.679,5 TEUR.

3.3.1.7 Sonstige Finanzausgaben (Hauptgruppe 8)

- Zinsausgaben	5.374.950 EUR
Gegenüber dem Vorjahr sind die Zinsausgaben um 394 TEUR zurückgegangen.	
Die Zinsausgaben ergeben sich aus den Kreditaufnahmen der Vorjahre. Enthalten sind ebenfalls Zinsen für Kassenkredite in Höhe von 350 TEUR.	
- Gewerbesteuerumlage	1.753.000 EUR
Im Jahr 2006 beträgt der Umlagesatz für die Gewerbesteuer 38 v. H. der Grundbeträge. In der nebenstehenden Umlage wurde eine Gutschrift aus der Pauschalverrechnung der Gewerbesteuerumlage für das IV. Quartal 2005 in Höhe von 228 TEUR eingerechnet.	
Somit war die Reduzierung des eigentlichen Planansatzes möglich.	
- Umlage lt. Kulturraumgesetz	2.759.580 EUR
zuzüglich Rechtsträgeranteil (Theater Plauen-Zwickau gGmbH)	
- Umlage an den kommunalen Sozialverband	10.290.600 EUR
(ehem. Landeswohlfahrtsverband)	
- Deckungsreserve (zum Ausgleich unerwarteter, unabweisbarer Ausgaben)	100.000 EUR
- Zuführung an den Vermögenshaushalt	10.160.530 EUR

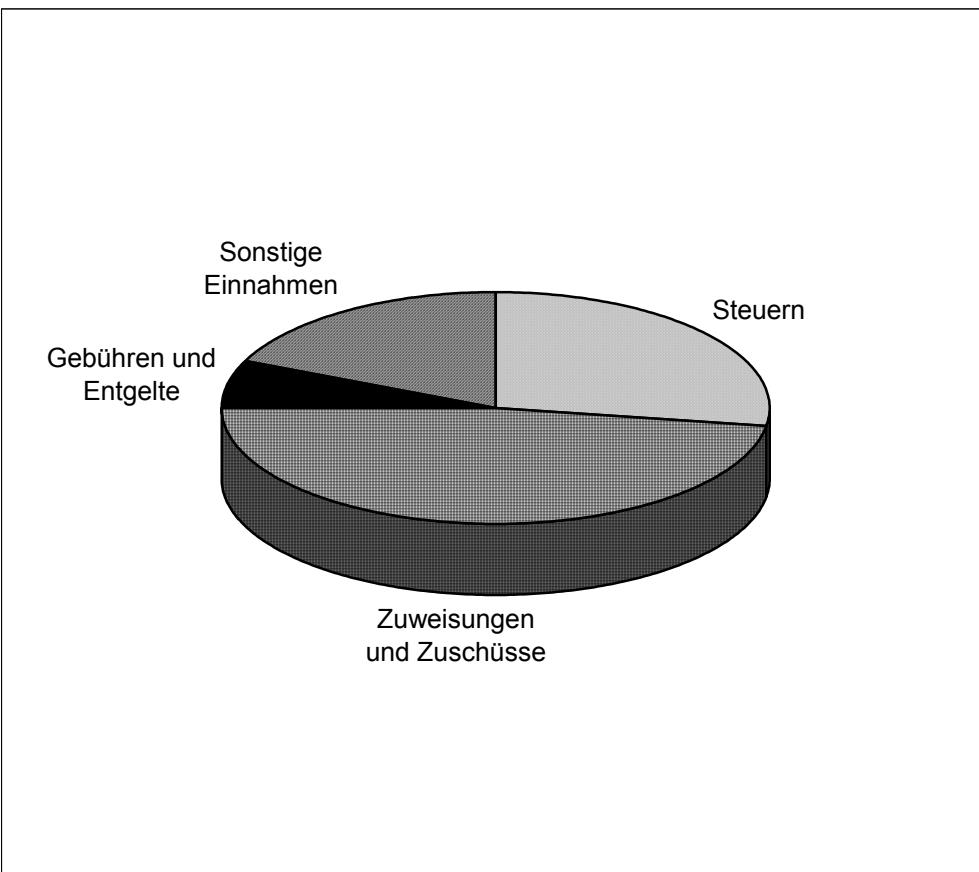
Entsprechend § 22 Abs. 1 KomHVO muss die Zuführung zum Vermögenshaushalt mindestens so hoch sein, dass damit die Kreditbeschaffungskosten, die Belastungen aus im Vermögenshaushalt veranschlagten kreditähnlichen Rechtsgeschäften und die ordentliche Tilgung von Krediten gedeckt werden können.

Daraus ergibt sich nachfolgende Pflichtzuführung:

- Kreditbeschaffungskosten	85.000 EUR
- Kredittilgungen (ohne Umschuldung)	7.181.600 EUR
- Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	2.240.440 EUR
- Zinsen Depot Verwaltungszentrum	653.490 EUR
Summe Pflichtzuführung:	10.160.530 EUR
	=====

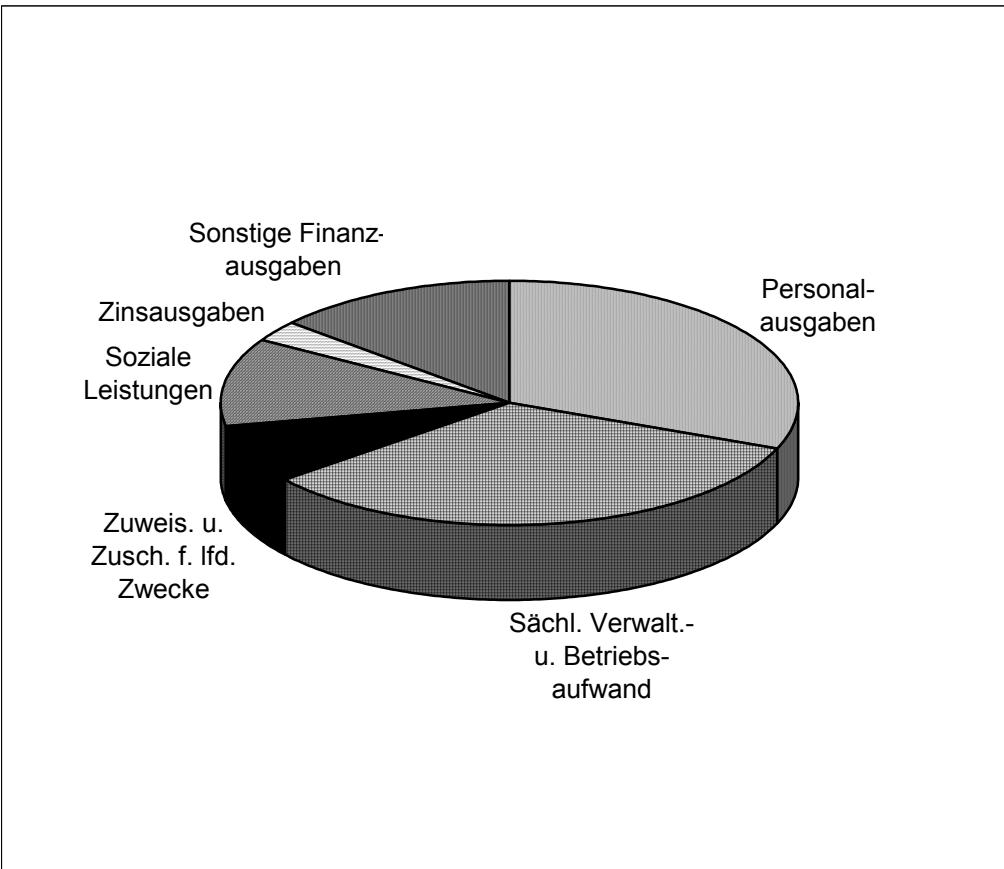
Im Gegensatz zur Verfahrensweise in den vergangenen Jahren, welche die teilweise oder vollständige Deckung der Fehlbeträge aus Vorjahren bei der Zuführung zum Vermögenshaushalt beinhaltet, wird in 2006 der zu deckende Fehlbetrag aus 2004 vollständig über den Vermögenshaushalt abgewickelt. Zur Deckung sollen die Erlöse aus den gem. HSK festgeschriebenen Vermögensveräußerungen eingesetzt werden.

Verwaltungshaushalt nach Einnahmearten



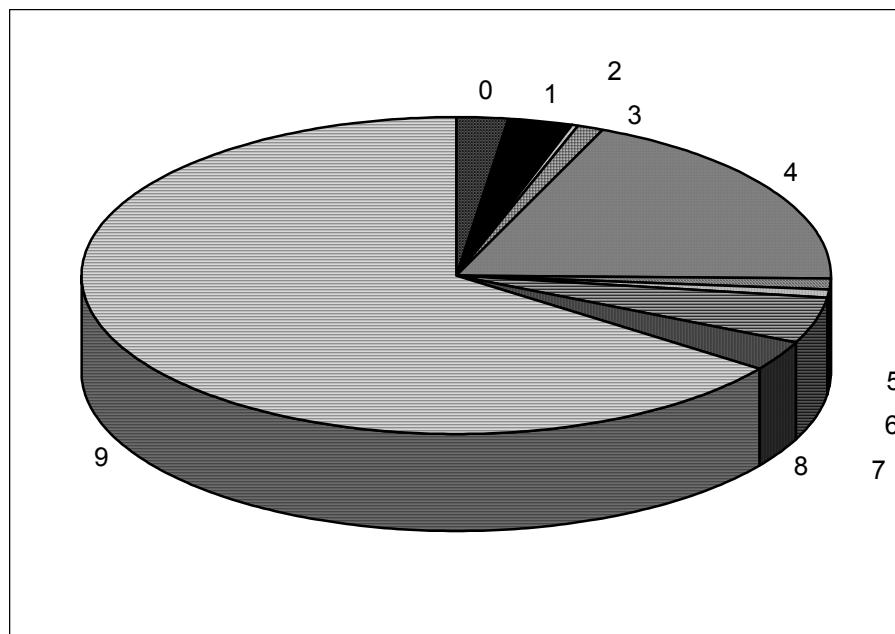
Art	EUR	%
Steuern	51.335.000	27,54
Zuweisungen und Zuschüsse	88.564.720	47,51
Gebühren und Entgelte	12.215.170	6,55
Sonstige Einnahmen	34.300.650	18,40
Gesamt	186.415.540	100,00

Verwaltungshaushalt nach Ausgabearten



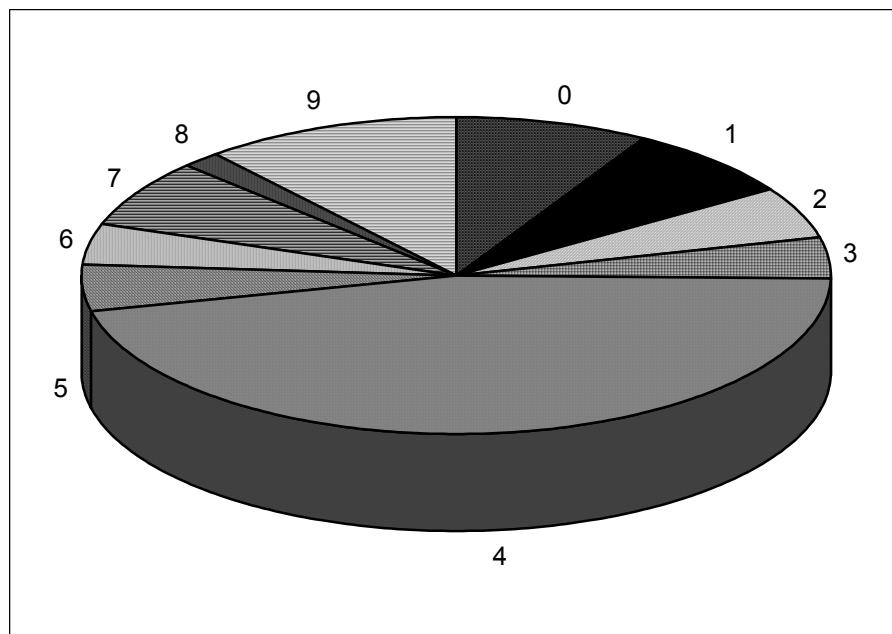
Art	EUR	%
Personalausgaben	59.740.400	31,21
Sächl. Verwalt.- u. Betriebsaufwand	63.238.850	33,04
Zuweis. u. Zusch. f. lfd. Zwecke	14.472.890	7,56
Soziale Leistungen	22.498.650	11,76
Zinsausgaben	5.374.950	2,81
Sonstige Finanzausgaben	26.058.710	13,62
Gesamt	191.384.450	100,00

Verwaltungshaushalt nach Einzelplänen (Einnahmen)



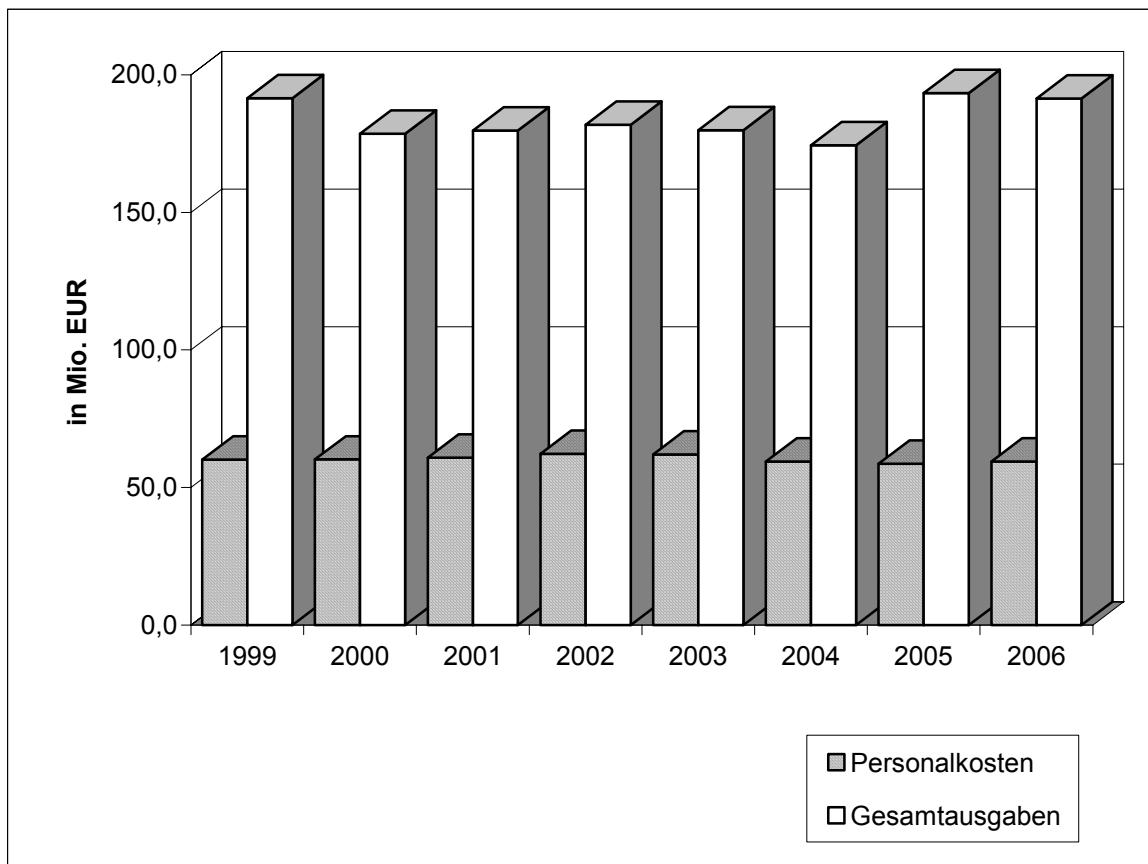
Nr.	Verwaltungshaushalt	EUR	%
0	Allgemeine Verwaltung	4.217.230	2,26
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	5.200.080	2,79
2	Schulen	544.300	0,29
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	1.927.840	1,03
4	Soziale Angelegenheiten	35.084.690	18,82
5	Gesundheit, Sport, Erholung	2.239.800	1,20
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	1.671.380	0,90
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	8.458.780	4,54
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen	5.944.450	3,19
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	121.126.990	64,98
	Gesamt	186.415.540	100,00

Verwaltungshaushalt nach Einzelplänen (Ausgaben)



Nr.	Verwaltungshaushalt	EUR	%
0	Allgemeine Verwaltung	15.906.040	8,31
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	14.509.300	7,58
2	Schulen	10.169.290	5,31
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	7.797.560	4,07
4	Soziale Angelegenheiten	88.471.130	46,23
5	Gesundheit, Sport, Erholung	9.068.780	4,74
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	7.748.350	4,05
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	13.478.500	7,04
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen	3.076.340	1,61
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	21.159.160	11,06
	Gesamt	191.384.450	100,00

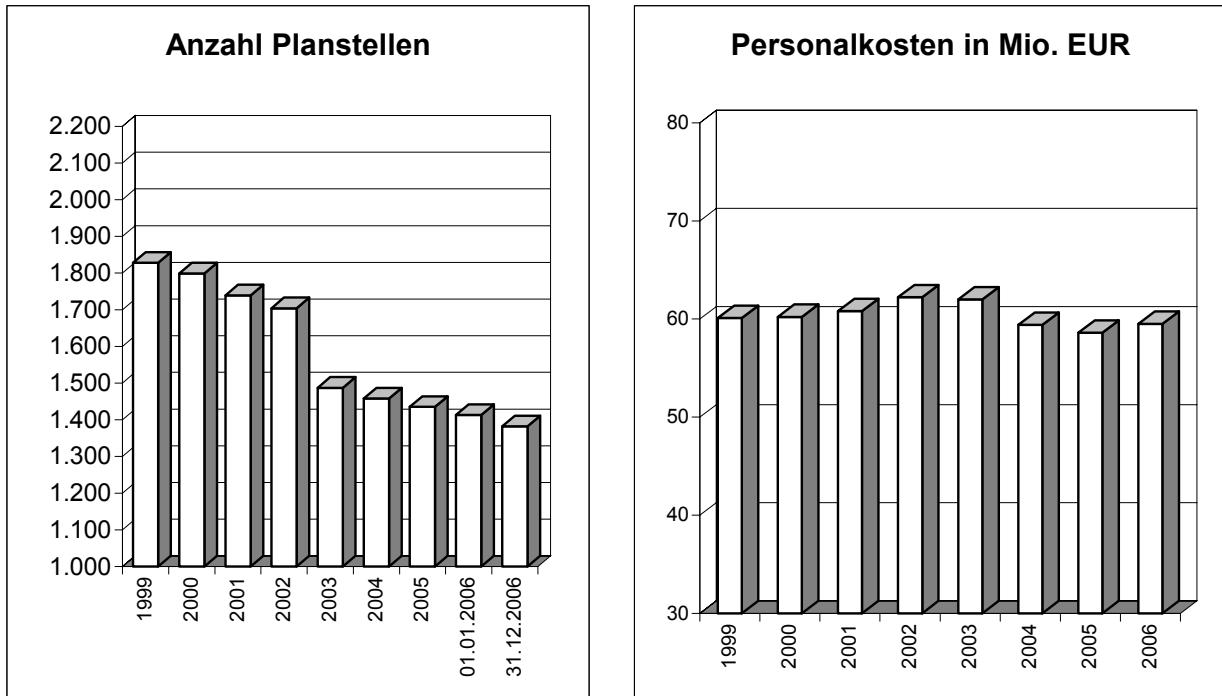
Entwicklung der Personalkosten der Jahre 1999 bis 2006
zu den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes



in Mio.EUR	Rechnungsergebnisse						Planansatz	
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Personalkosten *	60,1	60,2	60,8	62,2	62,0	59,4	58,6	59,5
Gesamtausgaben	191,5	178,6	179,8	181,9	179,9	174,4	193,4	191,4
%	31,38%	33,71%	33,82%	34,19%	34,46%	34,06%	30,30%	31,09%

* ohne Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit

Entwicklung der Personalkosten und Planstellen
in den Jahren 1999 bis 2006



	Rechnungsergebnisse								Planansatz	
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	01.01.2006	31.12.2006	
Anzahl Planstellen	1.828	1.799	1.739	1.704	1.487	1.458	1.435	1.413	1.382	
Personalkosten *	60,1	60,2	60,8	62,2	62,0	59,4	58,6	59,5	59,5	

* ohne Aufwendungen für ehrenamtl. Tätigkeit

ab 1999 einschließlich Personal Stadtteile Cainsdorf, Mosel, Oberrothenbach, Schlunzig sowie Übernahme Landkreis Zwick. Land

3.4 Übersicht zum Vermögenshaushalt

3.4.1 Einnahmen des Vermögenshaushaltes (Hauptgruppe 3)

Folgende Einnahmen sind als Deckungsmittel im Haushaltsplan 2006 enthalten:

	T€
- Zuführung vom Verwaltungshaushalt	10.161
- Einnahmen aus Grundstücksverkäufen (einschl. Sanierungsgebiete)	4.611
- Zuweisungen und Zuschüsse von Bund und Land für Investitionen (einschl. investiver Schlüsselzuweisung von 4.870 T€)	26.172
- Zuweisung und Zuschüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden, Zweckverbänden und anderen Bereichen	2.666
- Einnahmen aus Krediten – Umschuldung	4.946
- sonstige Einnahmen (Entnahme aus Rücklage, Einnahmen aus Veräußerung von Beteiligungen, Rückflüsse aus Darlehen)	15.742

Wesentliche Zuweisungen von Bund und Land und von sonstigen Bereichen sind für folgende Investitionen geplant:

Epl. 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung

	T€
- Feuerwehrfahrzeuge	140
- Computer-/Nachrichtentechnik Leitstelle	63
- Beschaffung von Sirenen	49
- Sanierung Pöhlitzer Brücke	1.365
- Sanierung Brücke Moseler Bach	74

Epl. 2 – Schulen

	T€
- Sanierung Dittesschule	74
- Sanierung Humboldtschule	100
- Sanierung Käthe-Kollwitz-Gymnasium	583
- BSZ Wirtschaft/Gesundheit, Weiterführung Sanierung	412
- Sonderprogramm „Medios“	300
- Lehrschwimmbecken Puschkinschule	37

Epl. 3 – Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

- Museale Ausstattung Priesterhäuser **T€ 53**

Epl. 4 – Soziale Sicherung

- Sanierungsmaßnahmen Kitas

Epl. 6 – Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

	T€
- Sanierung Nordvorstadt	381
- Sanierung Bahnhofsvorstadt	160
- Weiterentwicklung Neubaugebiet Neuplanitz	53
- Städtebaulicher Denkmalschutz	2.518
darunter Schloß Osterstein	1.081 T€
Rathaus	1.044 T€
- Programm „Soziale Stadt“/Eckersbach	2.017
- Stadtumbau Ost	498
- Sonderprogramm Straßenbau	445

- Lückenschluss B 93	11.290
- Ausbau Knotenpunkt Steinpleiser Straße/HBK	406

Epl. 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

	T€
- Straßenbahn-Neubautrasse	1.291
- Gleisbogen Neumarkt	1.200

3.4.2 Ausgaben des Vermögenshaushalte (Hauptgruppe 9)

Die Ausgaben des Vermögenshaushaltes 2006 sind im Wesentlichen vorgesehen für:

	T€
- Erwerb und Leasing von Grundstücken	2.439
- Erwerb und Leasing von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	1.884
- Baumaßnahmen	26.276
- Ordentliche Tilgung von Krediten	7.182
- Umschuldung	4.946
- Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände, Zweckverbände, u.a. Bereiche	3.859
- sonstige Ausgaben und Zuführung an allgemeine Rücklage	17.712

Die wesentlichen Ausgaben für Investitionsmaßnahmen 2006 sind:

Epl. 0 – Allgemeine Verwaltung

	T€
- Kauf Kaserne (Teilrate aus gestundetem Kaufpreis 1993)	240
- Leasingzahlung Verwaltungszentrum	1.982
- Computer-/Nachrichtentechnik	300

Epl. 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung

	T€
- Feuerwehr, Erwerb von Fahrzeugen	350
- Leitstelle, Computer-/Nachrichtentechnik	50
- Beschaffung und Installation von Sirenen	302
- Neubau Pöhlitzer Brücke	1.365
- Ersatzneubau Brücke Moseler Bach	74

Epl. 2 – Schulen

	T€
- Fluchtweg und Brandschutzmaßnahmen Grundschule Crossen	100
- Dittesschule, Sanierung	147
- Humboldtschule, Sanierung	200
- Puschkinschule, Schule mit Ganztagsangebot (Verlagerung)	250
- Außenanlagen Puschkinschule	204
- Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Weiterführung Sanierung	833
- BSZ Wirtschaft/Gesundheit, Weiterführung Sanierung	550
- Sonderprogramm „Medios“	400
- Lehr-, Lern-, Unterrichtsmittel, Spezialausstattungen	75
- Lehrschwimmbecken Puschkinschule	75
- Clara-Wieck-Gymnasium, Planung	100

Epl. 3 – Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

	T€
- Priesterhäuser, Museale Ausstattung	106

Epl. 4 – Soziale Angelegenheiten

	T€
- Sanierungsmaßnahmen Kitas	587

Epl. 5 – Gesundheit, Sport, Erholung

	T€
- Sporthalle Scheffelberg, Dachsanierung	80

Epl. 6 – Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

	T€
- Sanierung Nordvorstadt	798
- Sanierung Bahnhofsvorstadt	240
- Weiterentwicklung Neubaugebiet Neuplanitz	80
- Städtebaulicher Denkmalschutz	2.862
darunter Schloß Osterstein	1.081 T€
Rathaus	1.325 T€
- Programm „Soziale Stadt“ Eckersbach	2.248
- Stadtumbau Ost	561
- Brückenbau- und Sicherungsmaßnahmen	112
- Hochwasserschutz Eckersbacher Bach	60
- Hochwasserschutz Schneppendorfer Bach	60
- Errichtung von Sammelkanälen	136
- Sonderprogramm Straßenbau	711
- Lückenschluss B 93	11.290
- Deckenerneuerung Gemeindestraßen	120
- Ausbau Knotenpunkt Steinpleiser Straße/HBK	566

Epl. 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

- Krematorium, Baumaßnahmen	122
- Erwerb von Fahrzeugen Bauhof	80
- Straßenbahn Neubautrasse	3.233
- Gleisbogen Neumarkt, Vorbereitung und Ausbau	1.700

Epl. 8 – Wirtschaftl. Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen

	T€
- Grunderwerb (unbebaukt)	100

3.4.3 Verpflichtungsermächtigungen

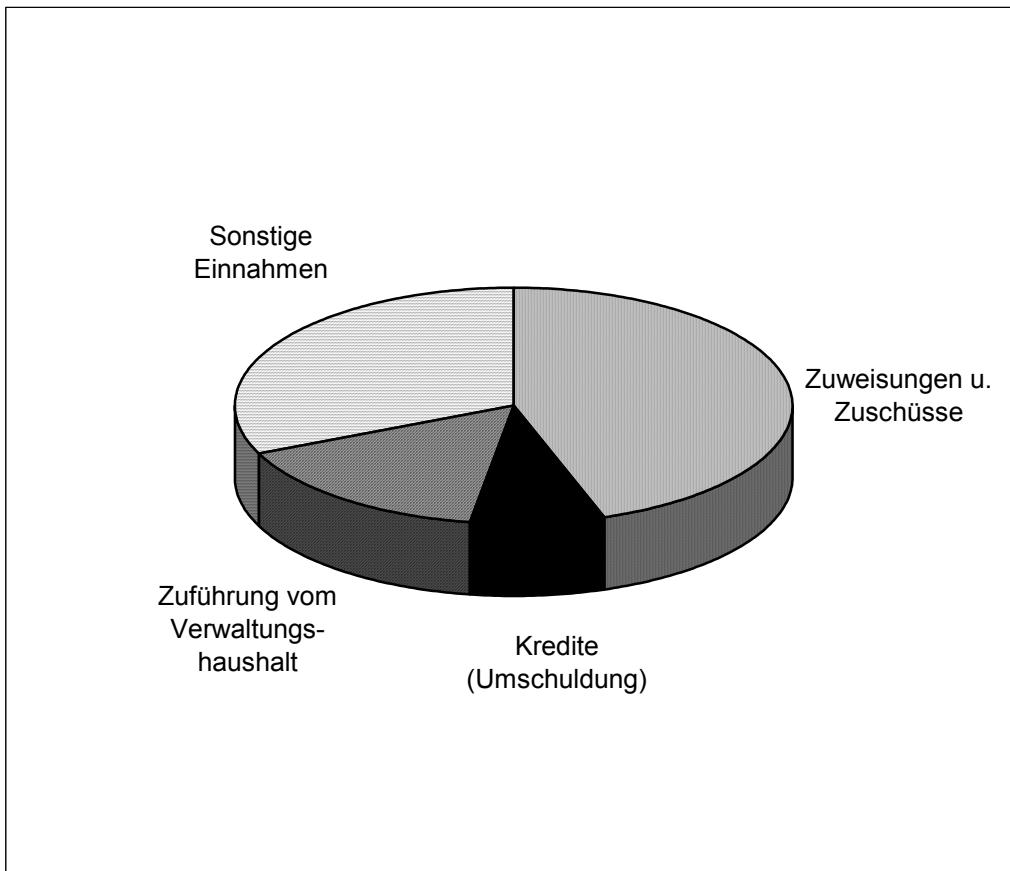
Zwischen den mit dem Haushaltplan 2005 beschlossenen Verpflichtungsermächtigungen und den in 2006 tatsächlich eingestellten Mitteln ergeben sich folgende Abweichungen:

Haushaltsstelle	Beschl. VE It. Plan 2005 - EUR	Mittelbereitstellung 2006 – EUR
66000.95110 - Lückenschluss B 93	11.044.576	11.289.800
79700.96626 - Straßenbahn-Neubautrasse, 2. BA	2.000.000	2.865.590

Die in 2005 für 2006 vorgesehene VE für den Lückenschluss B 93 wird größtenteils erst für 2007 benötigt.

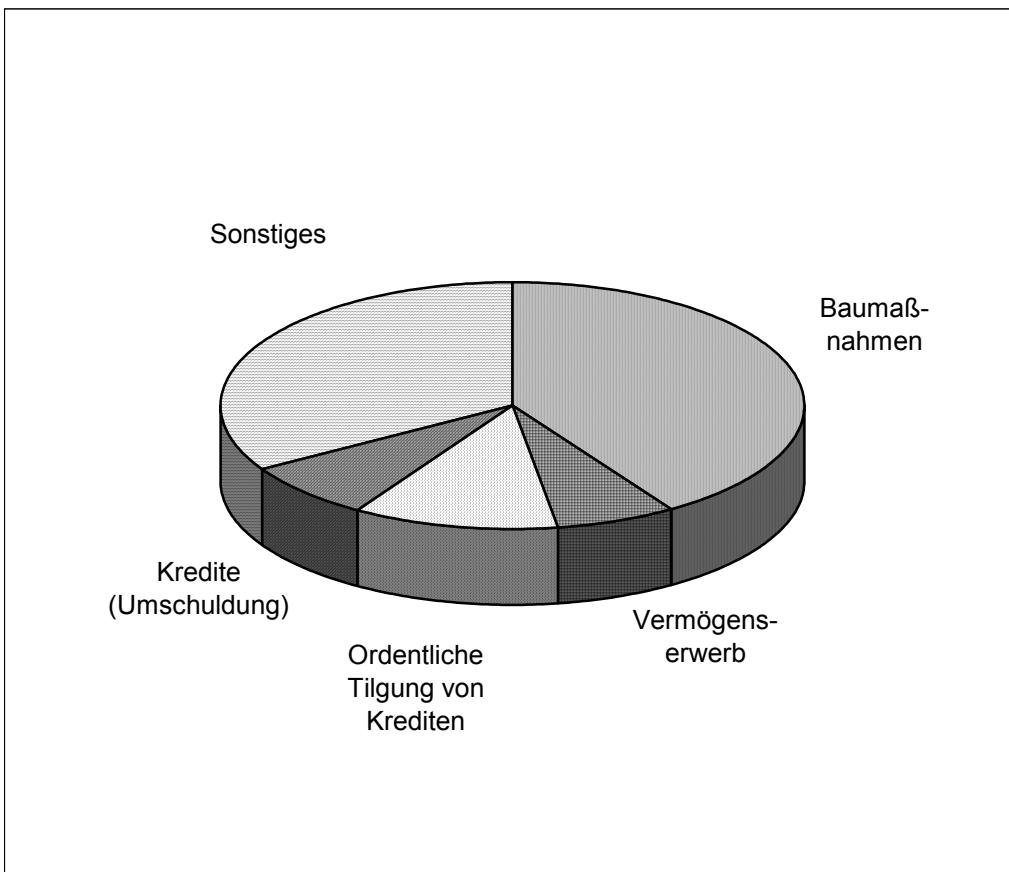
Im Haushaltplan 2006 ist ein Gesamtbetrag an Verpflichtungsermächtigungen von 11.432.220 EUR vorgesehen, die im Jahr 2007 fällig werden. Detaillierte Angaben sind der Anlage 2 des Haushaltplanes zu entnehmen. Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten der dem Haushaltjahr folgenden drei Jahre veranschlagt werden.

Vermögenshaushalt nach Einnahmearten



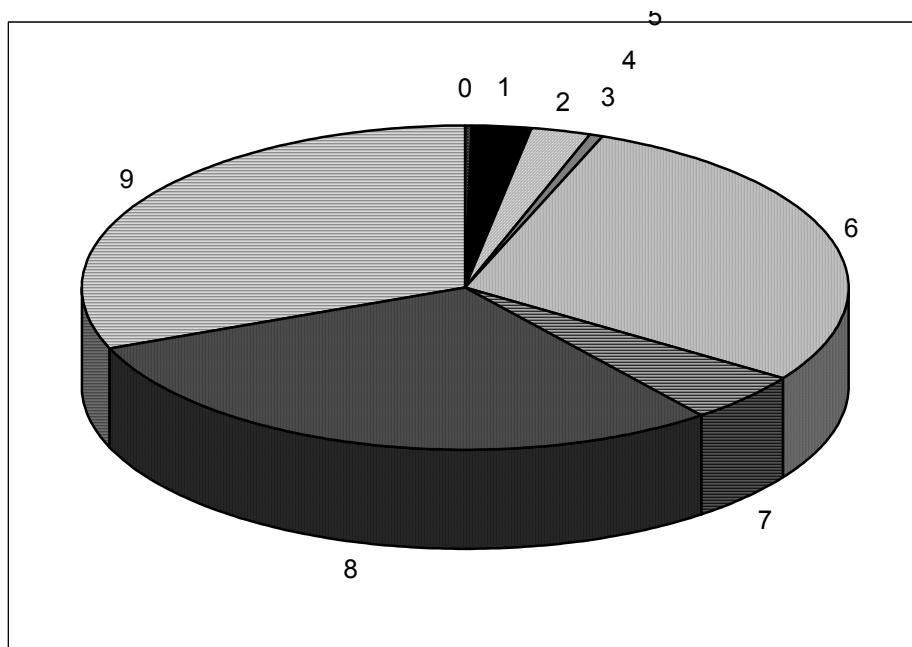
Art	EUR	%
Zuweisungen u. Zuschüsse	28.838.830	44,85
Kredite (ohne Umschuldung)	0	0,00
Kredite (Umschuldung)	4.946.000	7,69
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	10.160.530	15,80
Sonstige Einnahmen	20.352.670	31,65
Gesamt	64.298.030	100,00

Vermögenshaushalt nach Ausgabearten



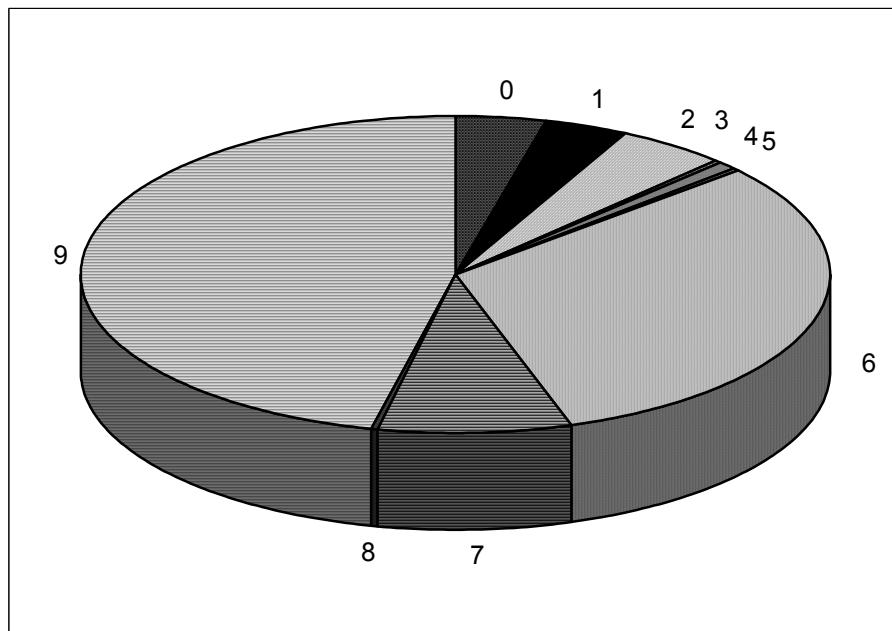
Art	EUR	%
Baumaßnahmen	26.276.180	40,87
Vermögenserwerb	4.322.600	6,72
Ordentliche Tilgung von Krediten	7.181.600	11,17
Kredite (Umschuldung)	4.946.000	7,69
Sonstiges	21.571.650	33,55
Gesamt	64.298.030	100,00

Vermögenshaushalt nach Einzelplänen (Einnahmen)



Nr.	Vermögenshaushalt	EUR	%
0	Allgemeine Verwaltung	153.300	0,24
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1.692.720	2,63
2	Schulen	1.506.500	2,34
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	68.000	0,11
4	Soziale Angelegenheiten	293.500	0,46
5	Gesundheit, Sport, Erholung	0	0,00
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	18.471.600	28,73
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	3.146.930	4,89
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen	18.977.970	29,52
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	19.987.510	31,09
	Gesamt	64.298.030	100,00

Vermögenshaushalt nach Einzelplänen (Ausgaben)



Nr.	Vermögenshaushalt	EUR	%
0	Allgemeine Verwaltung	2.537.070	3,95
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2.292.820	3,57
2	Schulen	2.952.000	4,59
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	228.000	0,35
4	Soziale Angelegenheiten	597.000	0,93
5	Gesundheit, Sport, Erholung	193.500	0,30
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	20.208.460	31,43
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	5.248.290	8,16
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen	200.980	0,31
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	29.839.910	46,41
	Gesamt	64.298.030	100,00

3.5 Haushaltswirtschaftliche Belastungen der Stadt aus Beteiligungen an Unternehmen und Zweckverbänden

3.5.1 Mittelbare und unmittelbare Beteiligungen an Unternehmen

Derzeit ist die Stadt Zwickau an 12 Unternehmen direkt (davon 1 in Liquidation) und an 6 Gesellschaften indirekt beteiligt. Haushaltsrelevante Beziehungen (Zuschusszahlungen) bestehen zu folgenden Unternehmen (Angaben in T€):

Unternehmen	Haushaltsstelle	Ergebnis 2004	Plan 2005	Plan 2006	Vorgabe HSK
August Horch Museum Zwickau GmbH	32140.71630	205	205	205	keine
Beschäftigungsförderung Zwickau gGmbH (BFZ)	79120.70220	140	0	100	100
Business and Innovation Centre (BIC) Zwickau GmbH	79110.71710	25	61,2 ¹⁾	0	0
Johannisbad Betriebs GmbH	57201.71520	255	220	220	160
Kultur, Tourismus und Messebetriebe Zwickau GmbH (KULTOUR Z.)	84000.71560 Stadthalle 84200.63000 "Neue Welt" und Freilichtbühne	936 294	965 215	946 208	1.155
Stadtwerke Zwickau Holding GmbH (SWZ) für Städtische Verkehrsbetriebe Zwickau GmbH (SVZ)	82000.71530	2.222	1.172	263	-828 ⁵⁾
Stadt- und Regionalbahn Projektgesellschaft Zwickau mbH (SRZ)	79700.98500 ²⁾	614 ³⁾	540 ⁴⁾	270	540
Theater Plauen-Zwickau gGmbH	33010.70801 städtischer Zuschuss	2.941	2.731	2.442	2.441
Wirtschaftsregion Chemnitz - Zwickau GmbH Wirtschaftsfördergesellschaft (WIREGmbH)	61010.71310	61	117	91	keine
Summe		7.693	6.226	4.645	

¹⁾ überplanmäßige Mittel gem. Beschluss des Finanz- und Liegenschaftsausschusses vom 09.11.05

²⁾ im Vermögenshaushalt

³⁾ zuzüglich 10 T€ für an das städtische Klinikum erbrachte Leistungen

⁴⁾ ab 2005 erfolgt eine Veranschlagung ohne Mehrwertsteuer (entspr. 626 T€ brutto)

⁵⁾ Ausschüttung an die Stadt

Im Vergleich zum Jahr 2005 sinken damit die Zuschüsse in Summe um ca. 1,58 Mio. €. Maßgeblich für diese Entwicklung ist die Tatsache, dass die Unternehmen in die Haushaltskonsolidierung mit einbezogen wurden.

Die **August Horch Museum Zwickau GmbH** benötigt jährlich einen Zuschuss zur Absicherung des Museumsbetriebes in Höhe von 410 T€. Dieser Betrag wird hälftig von der Stadt und dem Kulturraum Zwickauer Raum aufgebracht. Gegenüber der an der Gesellschaft beteiligten AUDI AG wurde die Bereitstellung dieser Mittel zugesichert. Im Gegenzug finanzierte die AUDI AG einen Museumsneubau.

Für die **BFZ** wurde in 2006 kein Zuschuss zur Verlustabdeckung vorgesehen.

In 2006 erhält die **BIC Zwickau GmbH** keinen Zuschuss. In 2005 wurde ein einmaliger Nachschuss, welcher im Finanz- und Liegenschaftsausschuss am 09.11.2005 beschlossen wurde, gezahlt.

Für die Nutzung der städtischen Immobilie Lessingstraße 4 soll durch die BIC Zwickau GmbH eine echte Mietzahlung i. H. v. 50 T€ an die Stadt erfolgen. Der Mietzuschuss, der in der Vergangenheit ohnehin nur eine buchhalterische Größe darstellte, entfällt.

Die **Johannisbad Betriebs GmbH** erhält einen Zuschuss zum Verlustausgleich in Höhe von 220 T€. Damit wird die Vorgabe des HSK (160 T€) nicht erreicht. Die Zuschussreduzierung auf 160 T€ kann vom Unternehmen nicht kompensiert werden.

An die Stadt wird für die Nutzung des Johannisbadkomplexes eine Pacht von 30,7 T€ gezahlt.

An die **KULTOUR Z. GmbH** ist die Zahlung von Zuschüssen und Betreiberentgelten in Höhe von insgesamt 1.154 T€ vorgesehen, was den Vorgaben des HSK entspricht.

Die Stadt vereinnahmt von der **KULTOUR Z. GmbH** Mietzahlungen für die Stadthalle (490,9 T€) und Pachteinnahmen für die Nutzung der „Neuen Welt“ und der Freilichtbühne (39 T€).

Die **Stadtwerke Zwickau Holding GmbH** (SWZ) erhält zur Weiterleitung an die **Städtische Verkehrsbetriebe Zwickau GmbH** (SVZ) einen Zuschuss zum Verlustausgleich von 263 T€. Vorgesehen nach HSK war ursprünglich eine Ausschüttung an die Stadt i. H. v. 828 T€. Um eine damit verbundene Kreditaufnahme durch die SWZ zu vermeiden, wird die Ausschüttung um ein Jahr verschoben, so dass in 2006 der gem. HSK für 2007 vorgesehene Zuschuss gezahlt wird. Für die Jahre 2006 und 2007 wird somit das Konsolidierungsziel erreicht.

Bei der Zahlung an die **Theater Plauen-Zwickau gGmbH** handelt es sich um den städtischen Anteil des im Grundlagenvertrag zur Fusion der beiden Theater festgeschriebenen Zwickauer Zuschussbetrages von insgesamt 8.447 T€. Auf Grund des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ist dieser pro Spielsaison um 500 T€ gekürzt worden.

Die Gründung der **WIREGmbH** als regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaft wurde in der Stadtratssitzung im Januar 2004 beschlossen. Der auf die Stadt Zwickau entfallende Zuschussbedarf des Unternehmens beläuft sich im Jahr 2006 auf 91 T€.

Zum Abschluss der Baumaßnahmen für den Neubau der Stadtbahntrasse erhält die **Stadt- und Regionalbahn Zwickau Projektgesellschaft mbH** (SRZ) letztmalig 2006 für die Erstattung der Personal- und Sachkosten einen Zuschuss in Höhe von 270 T€. Weitere 270 T€ erhält das Unternehmen für Leistungen im Rahmen des übernommenen Projektmanagements im Zusammenhang mit dem Lückenschluss B 93. Grundlage hierfür bildet ein HOAI-Vertrag.

Mit Ausnahme der Zahlungen an die SRZ erfolgen alle Zahlungen aus dem Verwaltungshaushalt.

3.5.2 Zweckverbände

Mit den Zweckverbänden, in denen die Stadt Zwickau Mitglied ist, bestehen finanzielle Beziehungen, überwiegend in Form von Umlagezahlungen. Ausnahmen stellen nur die Zweckverbände „Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen“ und „Verkehrsverbund Mittelsachsen“ dar. Folgende Gesamtübersicht ergibt sich:

Zweckverband	Haushaltsstelle	RE 2004	Plan 2005	Plan 2006
Studieninstitut für kommunale Verwaltung	02200.56230	0	0	0
Zweckverb. f. Tierkörperbeseitigung Chemnitz	11020.71300	15.534	20.000	14.690
Rettungszweckverband Westsachsen / Feuerwehr	13100.71300	1) 126.620	139.490	144.100
Rettungszweckverband Westsachsen / Rettungsd.	54100.71300	2) 58.294	27.330	13.710
Regionaler Planungsverband Südwestsachsen	61010.66100	7.274	7.300	7.300
Industrie- und Gewerbegebiet Zwickau-Mülsen	61010.71300	1.850	2.000	1.500
Technologiepark Zwickau-Stenn-Schönfels	61010.71300	8.650	13.950	12.000
Zweckverband Abfallwirtschaft Zwickau	72100.71300	103.000	103.000	3) 211.000
Reg. Wasser/Abwasser ZV Zwickau/Werdau	77100.54330	1.687.853	1.688.090	1.688.090
Verkehrsverbund Mittelsachsen	82000.71730	0	0	0
Kulturräum Zwickauer Raum / Kulturräumumlage	90100.83400	944.868	990.700	1.048.020
Kulturräum Zwickauer Raum / SGA Theater	90100.83411	1.711.552	1.711.560	1.711.560
Kommunaler Sozialverband Sachsen	90100.83500	11.664.919	11.486.000	4) 10.290.600
Summe Verwaltungshaushalt		16.330.414	16.189.420	15.142.570
Rettungszweckverband Westsachsen / Feuerwehr	13400.98300	0	37.250	7.000
Industrie- und Gewerbegebiet Zwickau-Mülsen	61010.98300	25.000	20.000	20.000
Summe Vermögenshaushalt		25.000	57.250	0
Gesamtsumme		16.355.414	16.246.670	15.169.570

1) - einschließlich Nacherhebung für 2003 in Höhe von 428 €

2) - einschließlich Nacherhebung für 2003 in Höhe von 4.007 €

3) - enthält einen Betrag in Höhe von 100.000 € für die Refinanzierung der Maßnahme „Abdichtung Deponie Dänkritz“

4) - abzüglich des gesetzlichen Lastenausgleiches gemäß FAG in Höhe von 2.020,1 T€ ist ein Betrag in Höhe von 8.270,5 T€ zu zahlen.

Gründe für wesentliche Änderungen und sonstige Sachverhalte von wesentlicher Bedeutung:

Der **Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung** setzte zwar in den Vorjahren Umlagen fest, verrechnete diese aber vollständig mit erwirtschafteten Überschüssen. Die Praxis der generellen Umlageerhebung wurde zunächst im Rahmen einer überörtlichen Prüfung kritisiert und später formal durch die Rechtsaufsichtsbehörde beanstandet. Folgerichtig wurde die entsprechende Regelung in der Verbandssatzung geändert. Der Zweckverband kann nun lediglich entstandene Fehlbeträge nachträglich durch eine Verbandsumlage ausgleichen. Auf Grund der wirtschaftlichen Situation des Zweckverbandes ist dieses Szenario mittelfristig auszuschließen. Weiterhin hat die Stadt Zwickau für die Inanspruchnahme der Bildungsangebote des Verbandes (insb. A I und A II – Lehrgänge, dbU Auszubildende) im Haushaltsjahr 2006 Entgelte zu entrichten.

Seit 2005 wirksame gesetzliche Bestimmungen (Gesetz zur Neuordnung des Brandschutzes, Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes im Freistaat Sachsen) sorgten bereits im Vorjahr für größere Veränderungen bei beiden Umlagen des **Rettungszweckverbandes Westsachsen**. Die Umlage für den Bereich Rettungsdienst reduziert sich von 2005 zu 2006 deutlich, da der Vorjahreswert eine hohe Nachzahlung für 2004 enthielt. Klare Regelungen im neuen Gesetz zur bisherigen Problematik, welche Kostenarten dem Bereich Rettungsdienst zuzuordnen und damit über Entgelte zu finanzieren sind, und die nötige Akzeptanz aller Beteiligten (Krankenkassen) hierzu, sorgen für diese Entwicklung. Dahingehend erhöht sich die Umlage für den Bereich Feuerwehr auf Grund steigender Personal- und Sachkosten weiter.

Bei der Umlage an den **Zweckverband Abfallwirtschaft Zwickau (ZAZ)** kommt es im Vergleich zum Vorjahr zu einer deutlichen Steigerung. Die Erhöhung ergibt sich vor allem aus der geplanten Großmaßnahme „Abdichtung Deponie Dänkritz“, die bis 2007 umgesetzt werden soll. Zum einen führt diese zu höheren laufenden Ausgaben, da ein zusätzlicher Mitarbeiter für die Begleitung des Projektes eingestellt werden soll. Zum anderen kann der ZAZ die Eigenmittel nur durch Aufnahme von Darlehen sicherstellen. Der resultierende Kapitaldienst führt in 2006 allein zum Anstieg der Verbandsumlage um 100 T€.

Der **Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau (RZV)** erhebt keine Verbandsumlage. Bei den dargestellten Beträgen handelt es sich um die Erstattung der anteiligen Kosten für die Straßenentwässerung, welche die Stadt auf Grundlage des Sächsischen Straßengesetzes zu tragen hat. Der Zahlbetrag ergibt sich rechnerisch aus den Kosten für die Beseitigung des Niederschlagswassers durch die Wasserwerke Zwickau GmbH (WWZ), den verrohrten Straßenflächen und den Einwohnerzahlen der Verbandsmitglieder.

Der **Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen** wird voraussichtlich bis 2007 (Laufzeit ÖPNV-Finanzierungsverordnung) keine Verbandsumlagen erheben. Ihm stehen aus den vom Bund zur Verfügung gestellten Zuschüssen nach dem Regionalisierungsgesetz ausreichend Mittel für die laufende Verbandsarbeit zur Verfügung.

Um eine maximale Landesförderung zu erhalten, ist beim **Kulturrbaum Zwickauer Raum** die Erhöhung der Kulturrbaumumlage notwendig. Im Gegenzug erhalten städtische Einrichtungen sowie städtische Beteiligungen Zuschüsse in Höhe von ca. 6 Mio. €.

Der **Landeswohlfahrtsverband Sachsen** wurde 2005 per Gesetz in den **Kommunalen Sozialverband Sachsen** (KSV Sachsen) umgewandelt. Er fungiert zwar weiterhin als überörtlicher Sozialhilfeträger, seine Zuständigkeiten wurden jedoch reduziert. Ab 2006 gehen alle bisher auf die Landkreise und kreisfreien Städte delegierten Aufgaben vollumfänglich auf diese über. Es handelt sich um bestimmte Sozialhilfeleistungen für behinderte Menschen bis 18 und ab 65 Lebensjahren. Durch die Änderungen reduziert sich zunächst der Mittelbedarf des KVS, der über die Sozialumlage zu finanzieren ist. Für die Übernahme der zusätzlichen Aufgaben wird den Landkreisen und kreisfreien Städten über den Finanzausgleich ein Lastenausgleich für die zusätzlichen Ausgaben gewährt. Dieser wird mit der Umlagenschuld verrechnet und führt zur weiteren Reduzierung des Zahlbetrages.

4. Entwicklung des städtischen Vermögens

4.1 Vermögen kostenrechnender und anderer öffentlicher Einrichtungen

Auf der Grundlage von § 37 Abs. 1 und 2 KomHVO sind die beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie die grundstücksgleichen Rechte, die kostenrechnenden Einrichtungen dienen, in Anlagenachweisen zu erfassen, nachzuweisen und zu bewerten.

Darüber hinaus können nach § 37 Abs. 3 KomHVO über bewegliche und unbewegliche Sachen, die nicht kostenrechnenden Einrichtungen dienen, Anlagenachweise geführt werden.

In den Anlagenachweisen werden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie die Abschreibungen mit ihren Veränderungen ausgewiesen. Die Abschreibungen und Zinsen des Anlagekapitals (kalkulatorische Kosten) werden in Abstimmung mit der Kämmerei ermittelt und bei den betreffenden Einrichtungen im Verwaltungshaushalt als Ausgabe veranschlagt. Die Gegenbuchung der Beträge erfolgt als Einnahme im Verwaltungshaushalt Einzelplan 9 – Allgemeine Finanzwirtschaft.

Der kalkulatorische Zinssatz für das Haushaltsjahr 2006 wird in Höhe von 5,5 % festgesetzt. Insgesamt werden im Haushaltsjahr 2006 kalkulatorische Kosten in Höhe von 2.677.510 EUR veranschlagt, davon 1.354.280 EUR Abschreibungen und 1.323.230 EUR Zinsen.

Das im Sinne von § 37 Abs. 1 und 2 KomHVO nachweispflichtige Vermögen betrug unter Berücksichtigung von Zu- und Abgängen im Haushaltsjahr am 31.12.2004 25.212.842 EUR. Wesentliche Zugänge am beweglichen und unbeweglichen Vermögen im Haushaltsjahr 2004 ergaben sich im Bereich der Feuerwehr vor allem durch den Umbau und die Erweiterung der Berufsfeuerwehr, den Neubau des Feuerwehrgerätehauses Auerbach und im Bereich Bauhof durch die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen.

Abgänge im Haushaltsjahr 2004 entstanden hauptsächlich durch planmäßig im Haushaltsjahr anfallende Abschreibungen und sonstige Vermögensabgänge, wie die Übergabe des Kinderheimes III an einen Freien Träger.

Für alle übrigen beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie grundstücksgleichen Rechte, die Eigentum der Stadt Zwickau sind oder ihr zustehen, sind gemäß § 36 KomHVO Bestandsverzeichnisse zu führen. Die Verfahrensweise zur Erfassung, Nachweisführung und Behandlung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens ist in der DA 06/02 geregelt. Eine Nachweispflicht im Sinne von § 43 Abs. 1 KomHVO besteht für das nach § 36 Abs. 1 KomHVO erfasste Vermögen nicht.

4.2 Geldanlagen

Ausgehend von der bestehenden Kassenliquidität ist im Haushaltsplan 2006 bei der Position Zinseinnahmen aus Festgeldanlagen ein Betrag von 9,0 TEUR veranschlagt. Es wird eingeschätzt, dass im Verlauf des Jahres nur geringfügige Tagesgeldanlagen vorrangig an Steueterminen möglich sein werden. Neben diesen Einnahmen aus Tagesgeldanlagen werden Zinseinnahmen aus bestehenden Bausparverträgen erzielt. Der im Haushaltsjahr 2005 vorgesehene Betrag für Zinseinnahmen mit 4,0 TEUR wurde realisiert.

Zwischen der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und der Stadt Zwickau wurde 1999 eine Depotvereinbarung über ursprünglich 12 Mio. EUR geschlossen. In das Depot wurde im Zusammenhang mit der Sanierung des Verwaltungszentrums 1999 der Kaufpreis für die Altbausubstanz des VWZ und der Erbbauzins für 20 Jahre eingezahlt. Durch diese Einzahlung und die jährlichen Zinszahlungen wird die Ansparsumme für den Rückkauf des VWZ bzw. eine Verringerung der Mietraten ab dem 10. Mietjahr erreicht. Die Zinszahlung wird im Jahr 2006 653,5 TEUR betragen, so dass der Depotbestand Ende 2006 bei 16,1 Mio. EUR liegen wird.

4.3 Beteiligungen der Stadt Zwickau

Die Stadt Zwickau ist an folgenden Unternehmen mit folgendem Stammkapital direkt beteiligt (Angaben in T€):

Unternehmen	01.01.2004	Zugang	Abgang	31.12.2004	Zugang	Abgang	31.12.2005
August Horch Museum Zwickau GmbH	13,0	0,0	0,0	13,0	0,0	0,0	13,0
Beschäftigungsförderungsgesellschaft Zwickau gGmbH der Stadt Zwickau	25,6	0,4	0,0	26,0	0,0	0,0	26,0
Business- and Innovation Centre Zwickau GmbH	61,4	0,0	0,0	61,4	0,0	0,0	61,4
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH (Verkauf am 29.12.2004)	1,5	0,0	1,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Gebäude- und Grundstücks-gesellschaft Zwickau mbH	5.200,0	0,0	0,0	5.200,0	0,0	0,0	5.200,0
Johannisbad Betriebs GmbH	25,0	0,0	0,0	25,0	0,0	0,0	25,0
Kommunale Wohnungs-gesellschaft mbH i. L. Cainsdorf (Lösichung am 05.04.2004)	25,6	0,0	25,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Kultur, Tourismus und Messebetriebe Zwickau GmbH	26,0	0,0	0,0	26,0	0,0	0,0	26,0
Senioren- und Seniorenpflegeheim gGmbH	1.812,6	3,4	889,9	926,1	0,0	0,0	926,1
Sozialbau Zwickau GmbH (Verkauf am 26.03.2004)	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Stadtwerke Zwickau Holding GmbH	25,6	0,4	0,0	26,0	0,0	0,0	26,0
Standortentwicklungs-gesellschaft Zwickau mbH - SEZ i.L.	51,2	0,0	0,0	51,2	0,0	0,0	51,2
Theater Plauen-Zwickau gGmbH	13,0	0,0	0,0	13,0	0,0	0,0	13,0
Wirtschaftsregion Chemnitz - Zwickau GmbH Wirtschaftsfördergesellschaft (WIREGmbH)	0,0	7,5	0,0	7,5	0,0	0,0	7,5
ILKA Verwaltungs GmbH & Co. KG	25,6	0,0	0,0	25,6	0,0	0,0	25,6
direkte Beteiligungen insgesamt	7.334,7	11,7	945,6	6.400,8	0,0	0,0	6.400,8

Die Stadt Zwickau ist an folgenden Unternehmen mit folgendem Stammkapital indirekt beteiligt (Angaben in T€):

Unternehmen	01.01.2004	Zugang	Abgang	31.12.2004	Zugang	Abgang	31.12.2005
über Senioren- und Seniorenpflegeheim gGmbH:							
SSH Service GmbH	15,3	0,0	0,0	15,3	0,0	0,0	15,3
über Stadtwerke Zwickau Holding GmbH:							
Stadt- und Regionalbahn Zwickau Projektgesellschaft mbH (Tochtergesellschaft der Städtische Verkehrsbetriebe Zwickau GmbH)	26,0	0,0	0,0	26,0	0,0	0,0	26,0
Städtische Verkehrsbetriebe Zwickau GmbH	3.579,0	21,0	0,0	3.600,0	0,0	0,0	3.600,0
Zwickauer Energieversorgung GmbH	17.180,2	0,0	0,0	17.180,2	0,0	0,0	17.180,2
ZUG Zwickauer Umwelt-dienste GmbH & Co. KG	260,7	0,0	0,0	260,7	0,0	0,0	260,7
ZUG Zwickauer Umwelt-dienste Verwaltungs GmbH	20,9	0,0	0,0	20,9	0,0	0,0	20,9
indirekte Beteiligungen insgesamt	21.082,1	21,0	0,0	21.103,1	0,0	0,0	21.103,1
Beteiligungen insgesamt	28.416,8	32,7	945,6	27.503,9	0,0	0,0	27.503,9

5. Kostenrechnende und andere öffentliche Einrichtungen

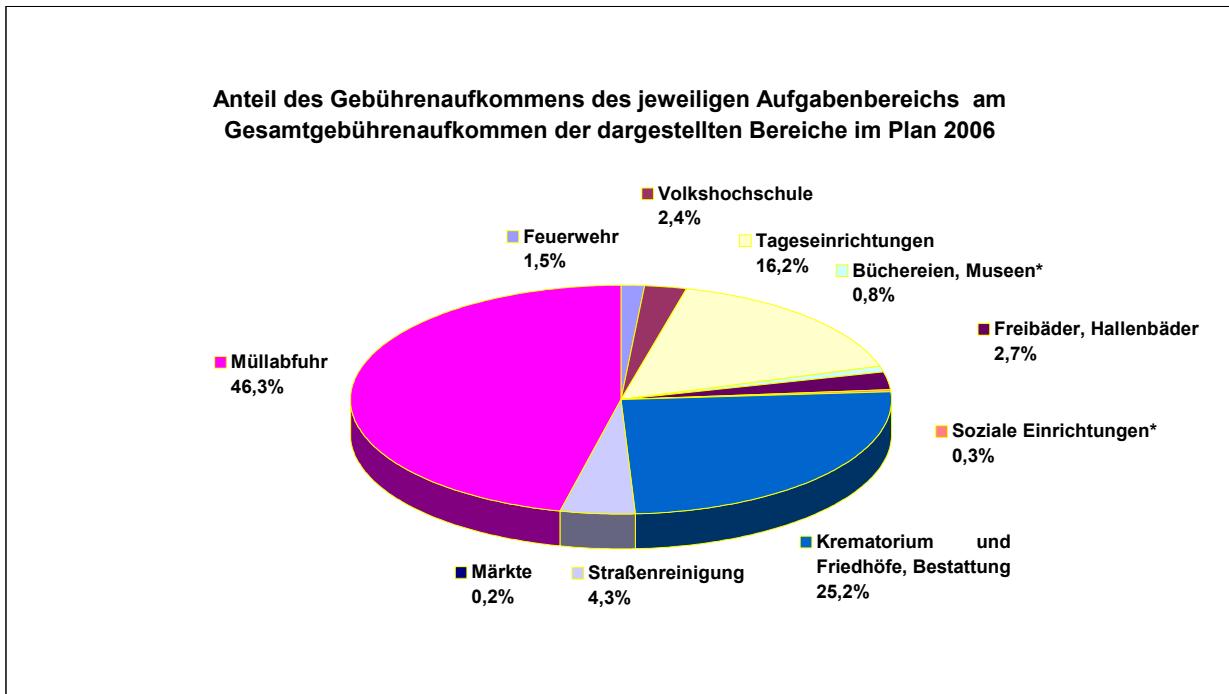
Nach § 12 KomHVO sind kostenrechnende Einrichtungen solche Einrichtungen, die in der Regel ganz oder zum Teil aus Entgelten finanziert werden. Hat das Entgelt nur Schutzfunktion, wie in Büchereien und Museen, dann handelt es sich nicht um kostenrechnende Einrichtungen. Der Vollständigkeit halber sind sie jedoch in der nachfolgenden Übersicht enthalten. In der Reihenfolge des Haushaltsplanes ergeben sich folgende Deckungsgrade im Vergleich zum Vorjahr:

UA Bereich	Einnahmen in EUR	Ausgaben in EUR	Deckungsgrad der Einnahmen und Ausgaben 2006 ¹⁾			+/- % gegenüber Vorjahr
			in v. H. an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes über Gebühren u. ä. Entgelte	über einrichtungs- spezifische Einnahmen	Gesamtdeckung ²⁾	
13100 Feuerwehr ³⁾	660.740	5.998.230	2,10	8,9	11,0	-0,3
31110 Ratsschulbibliothek	201.000	393.760	0,69	50,4	51,0	5,9
32110 Städtisches Museum und Zentrum für Industrie- und Sozialgeschichte	432.800	815.210	1,72	51,4	53,1	1,0
32120 R. Schumann-Haus	235.250	377.040	4,30	58,1	62,4	-4,0
32130 Galerie am Domhof	48.920	91.950	1,09	52,1	53,2	0,2
35000 Volkshochschule	267.320	367.340	54,53	18,2	72,8	-6,3
35210 Stadtbibliothek	112.370	665.740	5,41	11,5	16,9	-1,5
43500 Soziale Einrichtung für Wohnungslose	28.100	294.050	8,84	0,7	9,6	-0,1
43510 Wohnhaus für Obdachlose	15.100	28.450	0,35	52,7	53,1	4,7
46400 Tageseinrichtungen für Kinder	5.108.980	9.658.560	13,90	38,9	52,8	-2,8
46610 Kinderheime	1.137.080	1.315.120	0,00	86,5	86,5	2,4
54100 Rettungsdienst	487.670	506.000	0,00	96,4	96,4	5,5
57100 Freibäder	225.220	1.089.340	14,05	6,6	20,7	-2,8
57200 Hallenbäder	143.480	720.720	9,30	10,6	19,9	0,1
67500 Straßenreinigung o. Papierkorbentleerung	357.200	551.230	64,46	0,3	64,8	10,2
72100 Müllabfuhr	4.195.300	4.499.730	85,29	7,9	93,2	33,0
Σ	13.656.530	27.372.470				45,2

Deckungsgrad der Einnahmen und Ausgaben 2006 ¹⁾						
UA Bereich	Einnahmen in EUR	Ausgaben in EUR	in v. H. an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes über Gebühren u. ä. Entgelte	über einrichtungsspezifische Einnahmen	Gesamtdeckung ²⁾	+/- % gegenüber Vorjahr
Übertrag:	13.656.530	27.372.470				45,2
73100 Jahr- und Wochenmärkte	90.200	114.120	12,27	66,8	79,0	-4,3
75110 Krematorium und Friedhöfe	1.540.520	1.893.390	56,96	24,4	81,4	-4,8
75120 BgA "Bestattung"	675.030	712.100	79,34	15,5	94,8	-3,2
75130 BgA "Kremation"	553.270	728.180	61,37	14,6	76,0	1,5
Σ	16.515.550	30.820.260				34,4

1) Anteil der Benutzungsgebühren u. ä. Entgelte bzw. einrichtungsspezifischen Einnahmen des Verwaltungshaushaltes zusätzlich zu den Gebühren, Zuweisungen, Inneren Verrechnungen u. a. an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes dieses Aufgabenbereiches
2) für den übrigen Teil müssen allgemeine Deckungsmittel der Stadt eingesetzt werden
3) hier Darstellung der Gesamteinnahmen und -ausgaben - gebührenrelevant ist jedoch nur der Teil, wo Leistungen außerhalb des eigentlichen Feuerschutzes erbracht werden, z. B. Ölunfälle, Kraneinsatz

Gebührenstruktur in graphischer Darstellung:



*) Büchereien und Museen:

darin enthalten:
Ratsschulbibliothek, Stadtbibliothek,
Städtisches Museum, R.-Schumann-Haus, Galerie am Domhof

*) soziale Einrichtungen:

Soziale Einrichtung für Wohnunglose, Wohnhaus für Obdachlose

6. Entwicklung der Rücklagen und Verbindlichkeiten

6.1 Rücklagen

Die allgemeine Rücklage soll die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern. Es sollen ferner Mittel zur Deckung des Ausgabebedarfs im Vermögenshaushalt künftiger Jahre angesammelt werden, um einen unvertretbar hohen Kreditbedarf zu vermeiden. Zu diesem Zweck muss ein Mindestbetrag vorhanden sein, der sich auf 2% der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre beläuft.

Der Mindestbetrag für die allgemeine Rücklage 2006 errechnet sich wie folgt:

Haushaltsjahr	Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	EUR
2003 RE	173.048.606	
2004 RE	174.444.241	
2005 Planansatz	193.372.360	
Durchschnitt	180.288.402	
2 % Mindestbestand	3.605.768	
Der Bestand der allgemeinen Rücklage beträgt zum Jahresbeginn 2005 18.947.793 EUR und am Jahresende 2005		19.116.660 EUR
darin sind zweckgebunden enthalten für:		EUR
- Depoteinlage Verwaltungszentrum	-12.066.488	
- Zinsen aus Depoteinlage VWZ (einschl. Zuführung 2005)	-3.400.738	
- Märkte	-581	
- Feuerwehr, Dienst- und Schutzkleidung	-9.140	
- Feuerwehr	-5.181	
- Spenden für Jugendeinrichtungen	-6.848	
- Jugendamt für Spielbus	-4.000	
verbleiben:	3.623.684	

Der Mindestrücklagenbestand wird somit erreicht.

Im Jahr 2006 ist eine Zuführung in Höhe von 653.490 EUR zweckgebunden für Zinsen aus der Depoteinlage VWZ geplant. Entnahmen sind nicht vorgesehen.

Die allgemeine Rücklage wird am jeweiligen Jahresende voraussichtlich folgenden Stand haben:

2006	19.770.150 EUR
2007	20.451.251 EUR
2008	21.161.129 EUR
2009	21.590.665 EUR

Die Entwicklung aller Rücklagen ist der Anlage 4 zu entnehmen

6.2 Entwicklung des Schuldenstandes

Der Ist-Schuldenstand am Jahresende 2005 liegt bei 101.141,4 TEUR. Unter Einbeziehung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte (kräRG) erhöht sich der vorgenannte Betrag um 30.970,3 TEUR auf insgesamt 132.111,7 TEUR. Der Gesamtschuldenstand verringerte sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 9.367,8 TEUR.

Da im Haushaltsjahr 2006 Kreditaufnahmen nicht vorgesehen sind, wird sich am Jahresende 2006 ausgehend von der geplanten Tilgung ein voraussichtlicher Schuldenstand von 93.920,7 TEUR bzw. von 122.724,9 TEUR einschließlich der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte (Nachweis analog Kredite ohne Zinsanteil) ergeben.

Umschuldungen von Krediten sind mit 4.946,0 TEUR im Haushaltsplan enthalten.

Für Kommunalkredite sind im Haushaltsplan 2006 Zinszahlungen in Höhe von 4.956,1 TEUR veranschlagt.

In der Anlage des Haushaltsplanes ist die Entwicklung des Schuldenstandes einschließlich der Verschuldung je Einwohner für den Zeitraum 2003 bis 2006 dargestellt.

Da gemäß § 3 Satz 2 Nummer 1 KomHVO die Entwicklung der Schulden bzw. die Entwicklung der Zinsbelastung nicht nur in den vorangegangenen Jahren darzustellen ist, sondern gleichfalls die voraussichtliche Entwicklung im Finanzplanungszeitraum, enthält die Anlage eine ergänzende Übersicht der Schuldenstandsentwicklung und der Zinsbelastung bis 2009.

Ausgehend von der Gesamtzahlungsverpflichtung aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sind im Haushaltsplan 2006 Ausgaben, d. h. einschließlich zu zahlender Zinsen, von insgesamt 3.365,3 TEUR vorgesehen.

Die Höhe der bestehenden Verbindlichkeiten der Stadt Zwickau aus der Gesamtzahlungsverpflichtung kreditähnlicher Rechtsgeschäfte bzw. die 2006 zu leistenden Ausgaben stellen sich dabei wie folgt dar (in TEUR):

Vorhaben	Verbindlichkeit Stand 01.01.2006	Leasing- bzw. Miet(kauf)raten	Verbindlichkeit Stand 31.12.2006	Laufzeit bis
Leasing saniertes VWZ *)	21.697,2	1.982,1	19.715,1	2019
Mietkauf ehem. Kaserne	1.948,9	307,2	1.641,7	2012
Stadthalle	16.872,6	1.022,6	15.850,0	2022
Forstschlepper	19,0	19,0	0,0	2006
DV-Anlage (nur als kräRG genehmigter Anteil)	34,4	34,4	0,0	2006
gesamt:	40.572,1	3.365,3	37.206,8	

*) Leasingzahlungen für das sanierte Verwaltungszentrum sind bis zum Jahr 2019 (Grundlaufzeit) zu leisten. Mit Ablauf der Grundlaufzeit kann die Stadt Zwickau das VWZ gemäß dem abgeschlossenen Ankaufrechtsvertrag zu einem Optionspreis von 18.006,1 TEUR (entsprechend vorläufiger Schlussrechnung) erwerben. Die Mittel stehen zu diesem Zeitpunkt aus der mit der Landesbank Hessen-Thüringen abgeschlossenen Depotvereinbarung (Punkt 4.2) zur Verfügung. Die Mittel für den Rückkauf sind zweckgebunden in der allgemeinen Rücklage enthalten und werden unter Punkt 6.1 „Rücklagen“ nachgewiesen.

Ausfallbürgschaften

Am Jahresanfang 2005 bestanden keine Ausfallbürgschaften aus Vorjahren bzw. wurden auch keine Bürgschaften im Verlauf des Jahres 2005 von der Stadt Zwickau übernommen.

Im Zusammenhang mit der Sanierung des Areals Schloss Osterstein wird möglicherweise im Haushaltsjahr 2006 die Bestellung einer Sicherheit zugunsten Dritter notwendig, wobei die konkrete Ausgestaltung derzeit noch nicht abschließend geklärt ist.

7. Entwicklung der Nettoinvestitionsrate

Ansatz	2005	Voraussichtliche Entwicklung entsprechend Finanzplan für die Jahre			
		2006	2007	2008	2009
Zuführung an den VMH	15.708	10.161	10.257	11.029	11.310
abzüglich:					
ordentliche Tilgung	7.138	7.182	7.204	7.230	7.221
Kreditbeschaffungskosten	150	85	150	150	150
gestundeter Kaufpreis Kaserne	240	240	240	240	240
Leasingraten Verwaltungszentrum	1.982	1.982	1.982	1.982	1.511
Depot Verwaltungszentrum	627	654	681	710	430
Leasingraten Fahrzeug / Bauhof	21				
Leasingraten Fahrzeug / Forst	17	18			
Zwischensumme	5.533	0	0	717	1.758
abzüglich weitere zweckgebundene Zuführungen:					
Deckung Fehlbeträge	4.442 *	0		717	476
Entnahme Kapitalrücklage ZEV für Lückenschluss B 93	1.091	0			
Nettoinvestitionsrate	0	0	0	0	1.282

* weitere Deckung des Fehlbetrages
2003 erfolgte durch den VMH

8. Vergleich des Haushaltsplanes mit dem Finanzplan 2005

Der Haushaltsplan 2006 weicht vom Finanzplan 2005 wie folgt ab:

	Einnahmen des VWH TEUR	Ausgaben des VWH TEUR	Einnahmen und Ausgaben des VMH TEUR
nach dem Finanzplan 2005	182.900	192.978	53.539
nach dem Haushaltsplan 2006	186.415	191.384	64.298

Finanzplan 2005 und Haushaltsplan 2006 weichen im Verwaltungshaushalt erheblich voneinander ab. Der im Finanzplan ausgewiesene Fehlbetrag in Höhe von 10.078 T€ konnte um 5.109 T€ auf 4.969 T€ reduziert werden.

Die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes lt. Finanzplan des Vorjahrs und der Haushaltsplanung 2006 weichen nur geringfügig voneinander ab. Innerhalb der einzelnen Maßnahmen waren aber dennoch Veränderungen erforderlich.

Die wesentlichsten Ursachen für die Verbesserung des Fehlbetrages im Verwaltungshaushalt sind im Punkt 3 des Vorberichtes dargestellt.

Trotz der Verbesserung des Fehlbetrages 2006 kann nicht von einer grundlegenden Verbesserung der Finanzsituation ausgegangen werden.

Besonders gravierend ist nach den Orientierungsdaten für die Finanzplanung der Rückgang der allgemeinen Schlüsselzuweisungen, wie nachstehende Übersicht verdeutlicht:

in Mio. €

	zu erwartende Einnahmen nach Finanzplanung 2005			zu erwartende Einnahmen nach Finanzplanung 2006		
	2006	2007	2008	2006	2007	2008
Allgemeine Schlüsselzuweisung	61,2	57,9	58,5	59,6	50,0	48,9
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	9,2	6,9	7,3	9,2	9,5	9,8
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	6,0	6,0	6,2	5,9	6,0	6,1
Gewerbesteuer	21,3	21,3	21,3	24,5	26,2	27,3
Grundsteuer	11,1	11,3	11,6	10,9	10,9	11,0
	108,8	103,4	104,9	110,1	102,6	103,1

Die Tabelle verdeutlicht, dass die ohnehin schon mit der Finanzplanung 2005 niedrigen allgemeinen Schlüsselzuweisungen noch weitaus drastischer sinken werden als angenommen. Diese fehlenden Einnahmen können nur teilweise durch prognostizierte Steigerungen bei der Gewerbesteuer kompensiert werden.

Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund geht aktuell für das Jahr 2006 von einem Wiederanstieg der kommunalen Gesamtdefizite aus. Grund hierfür ist, dass trotz einer Begrenzung der Ausgabenentwicklung auf + 0,9 % nur mit einer geringfügigen Zunahme der gesamten kommunalen Einnahmen um 0,4 % zu rechnen ist. Eine grundlegende Verbesserung der kommunalen Finanzsituation ist mithin nicht absehbar.

9. Entwicklung der Kassenlage

Im Verlauf des Jahres 2005 war es fast durchgängig notwendig, einen Kassenkredit in Anspruch zu nehmen. Dabei lag die durchschnittliche Inanspruchnahme bei rd. 3,1 Mio. EUR. Per 31.12.2005 wurde der Kassenkredit mit 4,8 Mio. EUR in Anspruch genommen. Der Zinssatz für die gewährten Kassenkredite lag 2005 zwischen 2,20 % und 2,35 %. Bis Jahresende 2005 waren für Kassenkredite Zinsen in Höhe von 68,7 TEUR zu zahlen.

Im Haushaltssatzung 2006 sind für diese Zinszahlungen 351 TEUR eingestellt.

Der für 2006 in der Haushaltssatzung veranschlagte Höchstbetrag der Kassenkredite liegt analog dem Vorjahr bei 36 Mio. EUR.

Diese Größenordnung liegt unter einem Fünftel der im Verwaltungshaushalt veranschlagten Einnahmen und bedarf demnach gemäß § 84 Abs. 2 SächsGemO keiner rechtsaufsichtlichen Genehmigung.

10. Innere Verrechnungen

Die Erstattung von Verwaltungskosten und sonstigen Gemeinkosten, die einzelnen Leistungen zuzurechnen sind, zwischen Einzelplänen, Abschnitten und Unterabschnitten soll gemäß § 14 Abs. 4 KomHVO nur dann veranschlagt werden, soweit es für die Berechnung der Kosten einzelner Leistungen oder Maßnahmen oder für eine Kostenrechnung erforderlich ist. Kostenrechnende Einrichtungen (krE) haben deshalb für die Inanspruchnahme anderer Dienststellen der Verwaltung, die Querschnittsaufgaben wahrnehmen, Verwaltungskosten zu erstatten. Durch die Verrechnung der Verwaltungskosten wird der vollständige Ausweis der Kosten in der krE sichergestellt.

Die Verwaltungskosten werden im Verwaltungshaushalt bei den Gruppierungsnummern 169 als Einnahme und 679 als Ausgabe nachgewiesen. Die Veranschlagung dient ausschließlich der Kostendarstellung.

Bei der Verrechnung von Verwaltungsleistungen kommen vorrangig pauschale Verfahren zur Anwendung.

Die zu verrechnenden Verwaltungskosten setzen sich aus den Bestandteilen Personal-, Sach- und Verwaltungsgemeinkosten zusammen. Zuschläge für Sach- und Verwaltungsgemeinkosten werden nach der VwV Kostenfestlegung 2005 aufgeschlagen.

Die Verteilung der ermittelten Verwaltungskosten kann durch

- Schlüsselung (Stellen-, Ausgaben- oder Fallzahlenschlüssel) und/oder
- Ermittlung von Arbeitszeitanteilen

erfolgen.

Die Leistungen der Querschnittsämter werden 2006 hauptsächlich nach einem Stellschlüssel verrechnet. Auf der Basis eines Fallzahlen- bzw. Ausgabenschlüssels werden die Leistungen der Stadtkasse (SG Zahlungsverkehr) und der Kämmerei (SG Haushalt) auf die erstattungspflichtigen Einrichtungen verteilt.

Neben den Verwaltungskosten der Querschnittsämter werden weitere Personal- und Sachkosten zwischen Unterabschnitten des Haushaltssatzungssatzung als interne Leistungsverrechnung veranschlagt (z. B. im Feuerschutz/Brandschutz Verrechnung zwischen Feuerwehr und Leitstelle).

Der Planansatz 2006 für die Inneren Verrechnungen liegt bei insgesamt 2.430,9 TEUR. Eine Einzelaufstellung zur Inneren Verrechnung enthält nachfolgende Tabelle.

Innere Verrechnungen 2006								-in EUR-		
Innere Verrechnung Verwaltungskosten, Sach-/Personalkosten zwischen UA'en	Haushalts- plan 2006	VHS	Obdachlosen- unterkunft	Adoptions- vermittlung	Straßen- reinigung	Abfallbeseit. Müllabfuhr	Bestattungswesen			
			43500	45700	67500	72100	75110	75120	75130	
		35000	43510							
<u>Rechnungsprüfungsamt</u>			950							
01000.16900	21.420	1.000	380	660	1.090	6.130	7.460	1.660	2.090	
<u>Hauptamt</u>			790							
02000.16900	37.070	830	320	2.060	3.370	18.820	6.240	2.890	1.750	
<u>Personalamt</u>			2.400							
02200.16900	54.040	2.520	960	1.680	2.760	15.450	18.810	4.190	5.270	
<u>ASD/AMD</u>			400							
08002.16900	9.090	420	160	280	460	2.600	3.170	710	890	
<u>Rechtsamt</u>			1.170							
02300.16900	26.450	1.230	470	820	1.350	7.570	9.210	2.050	2.580	
<u>Kämmerei</u>			1.650							
03000.16900	23.870	2.240	250	1.100	1.700	6.910	5.580	2.910	1.530	
<u>Stadtkasse</u>			280							
03100.16900	40.310	3.900	160	80	5.680	22.680	2.840	3.230	1.460	
<u>Liegenschaftsamt</u>			760							
03500.16900	8.700		300				5.970		1.670	
<u>Datenverarbeitung</u>			3.110							
06010.16900	47.000	3.330	1.330	2.220	3.660	20.540	8.080	2.430	2.300	
<u>Beschaffung</u>										
06020.16900	5.870	460		310	520	2.870	980	460	270	
<u>Druckerei</u>			290							
06030.16900	6.650	310	120	210	340	1.900	2.310	520	650	
<u>Hochbauamt</u>										
60100.16900	28.450			2.230	3.650	20.340		2.230		
<u>G.- und Friedhofsamt</u>										
58100.16900	118.520						55.930	46.820	15.770	
<u>Krem. u. Friedhöfe</u>										
75110.16900	383.730							174.620	209.110	
<u>Umweltamt</u>										
11120.16900	902.340				142.620	759.720				
<u>Schulverw.amt</u>										
20000.16900	35.320	35.320								
<u>Sozialverwaltung</u>			9.230							
40000.16900	13.530		4.300							
<u>Verwaltung Jugendhilfe</u>										
40700.16900	6.180			6.180						
Σ 1.768.540		51.560	21.030	17.830	167.200	885.530	126.580	244.720	245.340	
Gruppierung		.67900	.67900	.67900	.67900	.67900	.67900/10	.67900/10/20	.67900/10	

